

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustration Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7578.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Koloniel-
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 13. Oktober 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Eroberung der politischen Macht.

In der Diskussion politischer Streitfragen ist es ein bekannter
 Uebelstand, daß die Begriffe, die mit bestimmten Worten ver-
 bunden werden, selten genau begrenzt und stets dem Gesetz der Veränderung
 unterworfen sind. Man streitet um Dinge, über die man im Grunde
 einig ist, oder doch sehr wenig auseinander geht, bloß weil man
 unter bestimmten Ausdrücken Verschiedenes versteht. Oder, was
 dasselbe hinausläuft, man streitet an dem Kernpunkt der Sache
 vorbei, weil die verschiedene Auffassung politischer Ausdrücke es
 entweder gar nicht zu einer sachgemäßen Erörterung desselben kommen
 läßt oder immer wieder von ihm ablenkt.

Das ist auch der Fall in den Diskussionen über die Frage der
 Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.
 Es giebt Leute, für die dies Wort ausschließlich den Sinn hat,
 daß die Arbeiterklasse regierende Klasse wird, auf irgend eine Weise
 Regierungsgewalt ausübt.

Offenbar schließt das Wort diese Deutung ein, aber sein Begriff
 wird durch sie nicht erschöpft. Will man die so verstandene Frage
 erörtern, so ist es besser, von politischer Herrschaft zu sprechen,
 statt von politischer Macht.

Denn der Begriff der politischen Macht ist ein sehr viel weiterer.
 Macht kann eine Partei oder Klasse auch ausüben, ohne an der
 Herrschaft zu sein. Die Arbeiterklasse und die sie vertretende Partei,
 die Sozialdemokratie, ist in Deutschland schon heute eine große
 politische Macht, ohne an der Herrschaft zu sein. Sie ist es direkt,
 durch ihre Verbindung in den gesetzgebenden und verwaltenden
 Körpern. Sie ist es indirekt durch die gewerblichen Organi-
 sationen der Arbeiter, durch die Stärke des sozialistischen
 Bewusstseins in den Massen, durch den politischen Zusammenhang
 und Zusammenhalt dieser Massen, ihre Energie und Aktionsbereit-
 schaft. Die Macht, welche die Sozialdemokratie heute ausüben im
 Lande ist und, genauer zugehört, indirekt auch schon in hohem
 Grade ausübt, ist unvergleichlich größer als die Macht, die sie in
 den gesetzgebenden Körpern direkt darstellt. Darüber kann gar kein
 Streit bestehen. Nur darüber kann man streiten, ob die in der
 Sozialdemokratie ruhende potentielle Kraft auch schon groß genug
 ist, sie zur Ueberrahme und ziel führenden Ausübung der politischen
 Herrschaft zu befähigen. Die Beantwortung dieser Frage hängt
 davon ab, unter welchen Umständen die Erlangung der politischen
 Herrschaft durch die Sozialdemokratie heute in Deutschland denkbar
 ist und vor welchen Aufgaben die Partei sich in solchem Falle gestellt
 läßt. Meine Ansichten über diesen Punkt sind bekannt, und ich
 komme daher nicht weiter auf ihn zurück.

Weil ich mir vielmehr bei der alleseitig unbestrittenen Frage,
 nämlich dem Verhältnis zwischen der politischen Macht, über
 welche die Sozialdemokratie heute in Deutschland rechtlich verfügt,
 und der Kraft, welche sie nach der Zahl und Regsamkeit ihrer An-
 hänger im Volkstörper thatsächlich darstellt.

Jede Klasse oder Partei hat das natürliche Bestreben, ihre
 politischen Rechte in Einklang zu bringen mit der potentiellen
 Macht, über die sie gebietet, oder, was dasselbe ist, ihre politische
 Macht ihrer sozialen Bedeutung anzupassen.

Sie kann das auf verschiedenen Wege erreichen, je nach den
 politischen Einrichtungen, der Gruppierung der anderen Parteien und
 ihren Beziehungen zu einander, und, neben allerhand anderen, auch
 der internationalen Lage des betreffenden Landes. Mit den Um-
 ständen ändert sich naturgemäß die Kampfform. Daß die deutsche
 Sozialdemokratie sich in dieser Hinsicht auf einen bestimmten Weg
 festlegen solle — welcher Mensch mit gesundem Sinnen wird ihr das
 zumuthen?

Es ist mir um so unbegreiflicher, wie man das von mir voraus-
 setzen konnte, als gerade ich zu wiederholten Malen sehr energisch
 über die Verlehrtheit des Dogmatismus in der Frage der politischen
 Mittel mich ausgesprochen habe. Es sei hier nur an einen Artikel
 im Jahrgang 1894 der „Neuen Zeit“ über den „Streit als politisches
 Kampfmittel“, sowie daran erinnert, was ich anlässlich der sächsischen
 Wahlrechtsveränderung im Jahrgang 1896 derselben Zeitschrift ge-
 schrieben habe. Der dort entwickelte Standpunkt ist noch heute der
 meinige.

Ebenso mit den politischen Katastrophen. Es ist mir nicht ein-
 gefallen, dogmatisch die Möglichkeit politischer Katastrophen zu be-
 streiten — der müßte ein seltsamer Politiker sein, der das wollte —
 und noch weniger konnte es mir einfallen, die bestmögliche Aus-
 nützung solcher Katastrophen für die Erreichung bestimmter Ziele zu
 verdonnern. Es ist mir unbegreiflich, wie man so etwas aus meinen
 Artikeln herauslesen kann. Ich habe mich gegen eine ganz be-
 stimmte Katastrophentheorie gewendet: gegen die Auffassung, daß der
 Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft und eine aus ihm sich
 ergebende allgemeine große Katastrophe nahe bevorsteht. Diese Auf-
 fassung halte ich für irreführend und deshalb verwerflich.

Andere Katastrophen sind gewiß nicht unmöglich, und es ist
 auch ganz gut, dessen eingedenk zu sein. Es giebt für
 politische Parteien kategorische Imperative. Parteien sind
 Sachwalter bestimmter Interessen, die sie in jeder Weise
 wahrzunehmen haben. Von einer Gelegenheit, diese Aufgaben
 zu fördern, keinen Gebrauch machen, ist stets ein großes
 Versehen, denn hier heißt es oft genug: was du von
 der Minute ausgeschlagen, bringt ein Jahrzehnt dir nicht zurück.

Wenn es somit richtig ist, die mögliche Rückwirkung auswärtiger
 Katastrophen auf die innere Entwicklung Deutschlands nicht ganz
 außer Augen zu lassen, so wäre es jedoch ein Fehler, größere Hoff-
 nungen auf sie zu bauen. Bei einem Theil der in Aussicht gestellten
 Katastrophen anderer Länder ist eine solche Rückwirkung ziemlich un-
 wahrscheinlich. Die Bürgerkriege Spaniens z. B. haben das übrige
 Europa von Epoche zu Epoche weniger in Mitleidenschaft gezogen.
 Etwas nach Art der Hohenoller'schen Thronkandidatur ist diesmal
 nicht zu gewärtigen. Ueberhaupt sind in allen europäischen Groß-
 staaten die Regierungen — und aus guten Gründen —
 so sehr darauf bedacht, ihre Differenzen durch diplomatische

Abmachungen auszugleichen, daß die Wahrscheinlichkeit ernst-
 hafter internationaler Komplikationen immer geringer wird. Es
 war eine interessante Beobachtung, daß während die Londoner und
 Pariser Presse bei der Nachricht von der Anwesenheit Marchand's in
 Kaschoda außer sich geriet und Artikel brachte, die einen Zusammen-
 stoß zwischen Frankreich und England schier unermesslich erscheinen
 ließen, die sonst so empfindliche Börse von all dem Lärm fast un-
 berührt blieb. Wir leben in der Ära der Zugeständnisse und der
 Lokalisirungspolitik, und wenn nicht alles täuscht, so wird in Europa
 wenigstens diese Ära so bald kein Ende nehmen.

Es sind indess auch Katastrophen möglich, von denen die Sozial-
 demokratie unmittelbar eher Nachtheil als Vortheil zu gewärtigen
 hätte. Dahin würde meines Erachtens eine größere Katastrophe
 in Italien gehören. Der nächste Erbe des Hauses Savoyen ist nicht
 die Sozialdemokratie, sondern Rom. Roms bester Allirter aber ist
 das offizielle Frankreich. Die Aufrollung der römischen Frage würde
 die religiösen und nationalen Gegensätze verschärfen und die politi-
 schen und sozialen Fragen um so viel von der Tagesordnung ab-
 drängen.

Was schließlich den etwaigen Zusammenbruch Oesterreichs an-
 betrifft, so ist wohl unbestritten, daß seine unmittelbare Wirkung auf
 Deutschland die Entschädigung einer starken nationalpatriotischen Be-
 wegung sein würde. Es hängt dann alles von der Fähigkeit der
 Sozialdemokratie ab, zwischen nationalem Chauvinismus und über-
 triebenem Kosmopolitismus die rechte Mitte einzuhalten, ob ihr aus
 diesen Ereignissen Stärkung oder zeitweilige Schwächung erwachsen
 würde. Es würden da Fragen aufstehen, die mit dem Klassen-
 kampfe der Arbeiter in keinem direkten Zusammenhang stehen, und
 zu denen eine große Partei, wie die Sozialdemokratie, positive
 Stellung zu nehmen hätte. Versteht sie es hier, so muß sie ge-
 wärtigen, daß andere, gleichzeitig zur Neuregelung drängende
 Fragen, an denen sie direkt interessiert ist, in einer für sie ungünstigen
 Weise entschieden werden.

Was eine sozialistische Partei durch kluge Ausnützung von Vor-
 gängen erzielen kann, die für den wirtschaftlichen Kampfe der Ar-
 beiter untergeordnet erscheinen, dafür liefert ein glänzendes Beispiel
 die österreichische Sozialdemokratie. Im Laufe weniger Jahre hat
 sie es dazu gebracht, aus einer politischen für Null zählenden
 Gruppe nicht nur ein ernsthaft zählender, sondern auch
 ein tonangebender Faktor im politischen Leben Oesterreichs
 zu werden. Viel haben die eigenständigen Parteiverhältnisse Oester-
 reichs dabei geholfen, das sei vorausgeschickt. Aber die Gunst
 der Verhältnisse lieferte nur erst den Boden, auf dem Siege zu er-
 kämpfen waren. Dieser Boden selbst war indess keineswegs nur ge-
 dedictes Terrain. Die Siege wurden vielmehr erkämpft, weil die
 Strategen da waren, die alle Vorteile des Terrains auszunutzen,
 seine Abwege zu vermeiden wußten, weil an der Spitze der öster-
 reichischen Bewegung Leute standen, die — man darf es wohl
 sagen — Meister jenes Opportunismus sind, der den eifrigsten Heer-
 führer vom stümpfernden Experimentierer unterscheidet. Sie verstanden
 es, im rechten Moment außerparlamentarisch zu handeln, wie sie sich
 ebenso als außerordentlich geschickte parlamentarische Taktiker er-
 wiesen haben. Sie verstanden es, eine energische, anfeuernde Sprache
 zu führen, ohne sich in zweideutigen, bloß provozirenden Drohungen
 zu ergehen; und ohne die Arbeiter darüber zu täuschen, daß
 die Zeit der politischen Herrschaft noch weit im Felde
 liegt, haben sie ihnen den Weg zu einer Machtposition
 gezeigt, wie sie sie sich vorher nicht hatten träumen lassen. Wären
 sie Dogmatiker, Ritter vom starren Buchstaben des Prinzips, es ist
 sehr fraglich, ob sie all das erreicht hätten, und ob die Arbeiterpartei
 Oesterreichs, die nicht nur mit anderwärts unbenutzten Vorteilen,
 sondern auch mit anderwärts nicht gekannten Schwierigkeiten zu
 kämpfen hat, heute die Machtposition einnähme, die sie thatsächlich
 innehat.

In ähnlicher Weise hat die belgische Arbeiterpartei durch geschickte,
 energische Ausnutzung politischer Möglichkeiten sich das Wahlrecht
 und eine wachsende Macht im belgischen Parlament errungen.

Die Vorstellung von einem nahe bevorstehenden Zusammenbruch
 der ganzen bürgerlichen Gesellschaft birgt die Gefahr in sich,
 daß doch nicht alles gehen wird, diejenigen Gruppen zu
 nehmen, die jedenfalls auf dem Wege zum Ziele liegen.
 Es ließe sich dies an einer ganzen Reihe Beispiele aus
 der Geschichte der Arbeiterbewegung aller Länder nachweisen.
 Weitoh ist der Gedanke an ein großes, weitumfassendes Ziel ein
 erhebender, aber auch ein weniger umfassendes und daher näher
 liegendes Ziel kann zur höchsten Begeisterung entflammen, wenn die
 Ueberzeugung da ist, es sei möglich genommen werden und es kann ge-
 wonnen werden. Ob der Arbeiterklasse durch eine Verlektion ver-
 schiedener Umstände im Kampfe um politische Rechte die politische
 Herrschaft zufällt, kann niemand voraussagen; aber das kann man
 sagen, daß ohne Erweiterung der gegebenen Rechte die Erweiterung
 ihrer politischen Macht eine sehr zweifelhafte Sache ist. In diesem
 Sinne habe ich meinen Brief an den Stuttgarter Parteitag ge-
 schlossen, und nur dadurch, daß man den Schlussatz übersehen, kann
 ich es mir erlauben, daß man aus ihm herauslesen konnte, ich wollte
 der deutschen Sozialdemokratie auch den Weg dazu vorschreiben,
 ihr eine den gegenwärtigen englischen Verhältnissen entnommene
 Taktik predigen. Nichts konnte mir ferner liegen als das. Denn
 wenn ich in England eines habe lernen können, so ist es die alte
 hausbackene Wahrheit, daß, was für das eine Land gut ist, darum
 noch nicht für das andere paßt. Die Engländer sind alles Mögliche
 um keine Doktrinaire der Taktik. Und ich glaube, darin liegt das Ge-
 heimnis ihrer größten politischen Erfolge.

Ed. Bernstein.

Taktik und Grundsätze.

Daß mit den Stuttgarter Verhandlungen die Diskussion über
 den Bernstein'schen Standpunkt nicht abgeschlossen, sondern vielmehr
 erst recht eröffnet sei, das war mir schon in Stuttgart vollständig
 klar. Trotzdem überraschte mich der Artikel Bernstein's über die
 „Eroberung der politischen Macht“, schon deswegen, weil Bernstein ihn
 offenbar schrieb, ehe er einen genaueren Bericht hatte. Sonst hätte er keine
 Veranlassung gefunden, gegen die Anschauung zu polemisieren, als sei
 von auswärtigen Katastrophen eine größere Einwirkung auf die
 inneren Verhältnisse Deutschlands zu erwarten. Davon war in
 Stuttgart gar keine Rede, auch nicht in meinen Ausführungen, die
 Bernstein jedenfalls in erster Linie im Auge hat, wenn er es auch
 vermeidet, mich zu nennen.

Auch die Frage des bevorstehenden allgemeinen Zusammen-
 bruchs der bürgerlichen Gesellschaft habe ich in Stuttgart nicht
 behandelt, weil das theoretische Auseinanderlegen erfordert hätte,
 die zu weit geführt hätten. Wenn ich auf die Wahrscheinlichkeit
 politischer Katastrophen zu sprechen kam, so that ich das im Gegen-
 satz zu jenen Stellen der Bernstein'schen Erklärung, wo es heißt:

„Politisch sehen wir das Privilegium der kapitalistischen Bour-
 geoisie in allen vorgeführten Ländern Schritt für Schritt
 demokratischen Einrichtungen weichen. Unter dem Einfluß dieser
 und getrieben von der sich immer kräftiger regenden Arbeiter-
 bewegung hat eine gesellschaftliche Gegenaktion gegen die aus-
 beuterischen Tendenzen des Kapitals eingeleitet, die zwar heute noch
 sehr zaghaft und tastend vorgeht, aber doch da ist und immer
 mehr Gebiete des Wirtschaftslebens ihrem Einfluß unterzieht. . . .
 Je mehr aber die politischen Einrichtungen der modernen Nationen
 demokratisirt werden, um so mehr verringern sich die Notwendig-
 keiten und Gelegenheiten großer politischer Katastrophen.“

Diese Auffassung Bernstein's, sagte ich, stimmt für England, sie
 stimmt nicht für Amerika, nicht für das Festland Europa's, wo sich
 allenthalben gewaltige Katastrophen vorbereiten.

Meine Anschauung wird durch den letzten Bernstein'schen Artikel
 in keiner Weise erschüttert.

Wichtiger als Bernstein's Ausführungen über die Katastrophen
 sind jene über die Frage der Taktik. Da soll ich ihn gründlich
 mißverstanden haben, als ich erklärte, Bernstein empfehle oder
 „predige“ der deutschen Sozialdemokratie die englische Taktik. Nichts
 liegt ihm ferner als das. Gerade er sei zu verschiedenen Malen
 auf das energischste gegen den Dogmatismus in der Frage der
 politischen Mittel aufgetreten, und es sei selbstverständlich, daß mit
 den Umständen sich die Kampfform ändern müsse.

Das ist alles ganz richtig. Aber was wollte Bernstein mit
 seinen Unterstellungen über die Probleme des Sozialismus be-
 weisen? Doch nicht die billige Wahrheit, daß wir unsere Taktik
 nach den jeweiligen Verhältnissen einrichten müssen? Unsere Taktik
 hängt auch gar nicht allein von den jeweiligen augenblicklichen Ver-
 hältnissen ab, sondern ebenso sehr von unseren Grundsätzen,
 von unseren allgemeinen Anschauungen. Das scheint heute nicht
 allgemein anerkannt zu sein, angesichts der heiligen Scheu mancher
 Leute vor dem sich „festlegen“, das heißt vor dem Bekennen
 fester Grundsätze, aber Bernstein wird der letzte sein, der das
 leugnen wird. Andern sich unsere Grundsätze, so muß sich
 also auch unsere Taktik ändern; nicht nur jeder besonderen Situation,
 sondern auch jeder besonderen theoretischen Auffassung entspricht eine
 bestimmte Taktik, oder wenn man lieber will, entsprechen bestimmte
 taktische Grundsätze. Und einer bestimmten Theorie, die
 allgemeine Geltung für ein bestimmtes gesellschaftliches Ge-
 biet hat, entsprechen auch allgemeine taktische Grundsätze
 für dieses Gebiet. So hatte das „kommunistische Manifest“
 das westliche Europa im Auge; Engels in seinem Vorwort zu den
 „Klassenkämpfen in Frankreich“, das ganze Europa; Bernstein spricht
 in seinen Artikeln über die Probleme des Sozialismus und in seiner
 Stuttgarter Erklärung ganz allgemein von der kapitalistischen Gesell-
 schaft; und so entspricht auch jeder dieser Emanationen eine be-
 stimmte Taktik für die europäische resp. die internationale Arbeiter-
 bewegung überhaupt. Wenn Bernstein also eine neue, von der des
 „kommunistischen Manifests“ verschiedene Theorie der sozialen Ent-
 wicklung aufstellt, so sucht er damit eine neue Taktik für Deutsch-
 land ebensowohl wie für die anderen Länder der kapitalistischen
 Produktionsweise zu begründen. Sollte das nicht auch ein Vor-
 schreiben des Weges für die deutsche Sozialdemokratie sein? Dem
 entspricht es, daß Bernstein besonderen Nachdruck auf die Revolu-
 tion der Taktik legt, die Engels in seinem Vorwort zu den „Klassen-
 kämpfen in Frankreich“ angeblich forderte. In der Stuttgarter Er-
 klärung Bernstein's heißt es unter anderem:

„Engels ist so sehr von der Ueberlebensfähigkeit der auf die Kata-
 strophen zugeschnittenen Taktik überzeugt, daß er auch für die roma-
 nischen Länder, wo die Tradition ihr viel günstiger ist als in
 Deutschland, eine Revision von ihr hinweg für geboten hält.
 „Haben sich die Bedingungen für den Bürgerkrieg geändert, so nicht
 minder für den Klassenkampf“, schreibt er. Hat man das schon
 vergessen?“

Diese Berufung auf Engels scheint mir irrig. Woher kommt es
 denn, wenn Engels im gleichen Sinne dachte, wie Bernstein, daß des
 ersteren Vorwort vor 3 Jahren in der Partei lebhaft Zustimmung
 fand und von der bürgerlichen Presse mit Gleichgültigkeit auf-
 genommen wurde, ganz im Gegensatz zu den kritischen Artikeln des
 letzteren?

Die Aufnahme, die das Engels'sche „Vorwort“ fand, rührt daher,
 daß dieses thatsächlich nichts weniger bezweckte, als eine Kritik an der
 bisherigen Taktik der deutschen Sozialdemokratie. Im Gegentheil, es
 ist die glänzendste Rechtfertigung derselben, und die neue
 Taktik, die er den romanischen Völkern empfiehlt, es ist die alte
 Taktik, die die deutschen Arbeiter seit drei Jahrzehnten üben.

Bernstein geht auf der einen Seite hinter Engels zurück und
 auf der andern Seite über ihn hinaus. Er geht hinter Engels zurück,
 wenn er es heute noch für notwendig hält, einem deutschen Parteitag
 die Wichtigkeit der Engels'schen Auffassung zu demonstrieren, daß die
 Zeit der insurrektionellen Handreichung und der glücklichen Straßen-
 kämpfe mit dem Militär vorbei sei. Er geht aber auch über Engels
 hinaus, wenn er an dem kommunistischen Manifest eine Kritik
 übt, wie sie Engels nie geübt hat und geübt hätte. Das ist
 Bernstein's gutes Recht, aber dann tritt er für eine Taktik ein, die
 sich mit der von Engels empfohlenen keineswegs deckt. So weit
 sein Standpunkt dem von Engels entspricht, wird Bernstein keinen
 Widerspruch in der Partei finden. Der Widerspruch beginnt erst
 dort, wo er darüber hinaus geht.

Nun ist es freilich richtig, daß Bernstein eine bestimmte neue
 Taktik nicht empfohlen hat. Darin sehe ich jedoch keinen Vorzug, sondern
 den größten Nachtheil seines „Revisionsbedingtes“. Ich muß gestehen,
 daß dies einer der Gründe war, warum ich den Bernstein'schen
 Artikeln in der „Neuen Zeit“ nicht sofort antwortete. Ich wartete
 immer auf noch mehr, sie schienen mir unvollständig, weil sie zu
 keinem positiven Resultat gelangten, weil sie die Grundlagen unserer
 bisherigen Taktik umstürzten, ohne neues an deren Stelle zu setzen.
 Und diese Unvollständigkeit ist wohl auch der Grund, warum die
 Bernstein'schen Artikel so vielfach als das Produkt eines müden
 Pessimismus und Skeptizismus erschienen.

Was Bernstein nicht selbst that, mußten nur seine Kritiker thun:
 die Konsequenzen seines Standpunktes ziehen. Und da bin ich zur

*) Wir bringen diesen Artikel unseres Mitarbeiters Bernstein,
 und lassen die Antwort Kautsky's sofort folgen. Wir glauben aus
 Bernstein's Zustimmung sicher zu sein, wenn wir mit Kautsky meinen,
 daß die weitere Diskussion besser in der „Neuen Zeit“ gepflogen
 werden kann, wo es leichter möglich ist, in umfassender Weise die
 freizügigen Fragen zu behandeln als in einem den Aufgaben des
 Tages gelovmeten Blatte.

Ueberzeugung gelangt, daß, wie die einzigen Thatsachen, auf die Verstein einigermassen sich stützen kann, wenn er über Engels hinausgeht, England entstammen, so auch diejenige Taktik, die notwendig wird, wenn der Versteinische Standpunkt der richtige, die englische ist, d. h. die Taktik der englischen Trades-Unions und der Fabrik.

Und diese Auffassung wird nicht schon dadurch widerlegt, daß Verstein erklärt, er sei kein Dogmatiker der Taktik.

Verstein hat das Mißgeschick gehabt, daß er bisher jede Kritik, die an seinen jüngsten Enunciationen aus Parteifreien geübt wurde, für eine mißverständliche erklären mußte. Ich führe das zum Theil darauf zurück, daß er es unterließ, die Konsequenzen seines Standpunktes, so weit er über Engels hinausreicht, klar und deutlich zu ziehen. Zum Theil aber suchte ich die Ursache davon in der Form, in der Verstein seine Ausführungen bisher zu machen hatte. Es war die Form einer gelegentlichen Polemik mit Vokator Wag, die sich mißliche mit einer Polemik gegen einige andere, genannte und nicht genannte Parteischriststeller. So trefflich die polemische Form geeignet ist, Mängel zu schaffen und Mißverständnisse zu beseitigen, wenn es sich um eine Auseinandersetzung über Theorien handelt, die bereits methodisch dargestellt worden sind, so muß sie geradezu eine Wuststätte von Mißverständnissen werden, wenn es sich um einen Standpunkt handelt, der noch nirgends entwickelt worden, und die Sache wird schon gar schimmig, wenn der Verteidiger des neuen Standpunktes gleichzeitig mit mehreren Gegnern zu thun hat, von denen jeder wieder auf einem besonderen Standpunkt steht.

Soll die Diskussion über die Verstein'schen Anschauungen eine fruchtbarere werden, dann ist es vor allem notwendig, daß wir eine solide Grundlage dazu bekommen, eine systematische, zusammenfassende und eingehend begründete Darstellung seiner grundlegenden Anschauungen, so weit sie aus dem Rahmen der bisher in unserer Partei gültigen Grundsätze hinausgehen. Wie die Sachen heute liegen, erscheint mir eine solche Darstellung aus der Feder Verstein's, sei es in einer besonderen Broschüre, sei es in einer Kritisserie in der „Neuen Zeit“, unbedingt notwendig. Eine Fortsetzung der Polemik in kleinen, zerstreuten Artikeln über einzelne aus dem Zusammenhang gerissene Punkte dürfte, wie ich fürchte, mehr persönliche Beköttterung sein als prinzipielle Klarheit schaffen.

R. Kautsky.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Oktober.

Eine Kostenrechnung für die Orientreise? Die Palästinafahrt des Kaisers wird ein heidenmäßiges Geld kosten. Da munkelt man nun davon, daß die Kosten aus Reichsmitteln verlangt werden sollen. Die „Berl. Reichs-Nachr.“ schlagen vor, daß die Regierung sich an den preussischen Landtag wenden sollte.

Sollten die Regierungsvertreter wirklich eine derartige Forderung sei es im Reichstage sei es im Abgeordnetenhaus stellen, so würden sie damit von neuem der Monarchie einen schlechten Dienst erweisen. Die Palästina-Reise ist ein Privat-Vergnügen des Kaisers, wofür derselbe selbstverständlich genau so wie jeder andere Reisefreudige die Kosten tragen muß. Reichen die fünfzehn Millionen der Zivilliste nicht aus, so müssen eben solche kostspieligen Kreuzfahrten unterbleiben. Es würden im Volke feltame Gedanken entstehen müssen, wenn die Regierung die Steuergroschen der Kerntisten für prunkvolle Auslandsreisen des Kaisers noch über die gesetzlich festgesetzte Zivilliste hinaus in Anspruch nehmen wollte.

Deutsches Reich.

Offizielles über den Beginn der Reichstagsession. Die „Berl. pol. Nachr.“ schreiben: „Der Tag der Eröffnung der nächsten Reichstagsession dürfte gegenwärtig überhaupt noch nicht feststehen, so viel aber darf als ziemlich sicher angesehen werden, daß er in das Ende des November oder in den Anfang des Dezember fallen wird. Wahrscheinlich dürfte die Reichstagsession beinahe zu derselben Zeit wie im vorigen Jahre eröffnet werden, wo der Beginn auf den 30. November fiel.“

Die deutsch-englischen Beziehungen haben sich in neuerer Zeit verbessert. Als einen neuen Beweis hierfür wird aus London mitgeteilt, der deutsche Kaiser habe ein Handschreiben an die Königin Victoria gerichtet, worin er den lebhaften persönlichen Wunsch ausdrückt, die Völker beider Länder in den Banden enger Freundschaft miteinander verknüpft zu sehen und hinzuzufügen, er beachtete alles, was in seiner Macht stehe, zur Erreichung dieses Zwecks zu thun. Weiter kündigt der Kaiser seine Palästina-Reise an und sagt, er werde die heiligen Orte besuchen mit Gedanken des Friedens und der Freundschaft für die ganze Menschheit, insbesondere für die edle Nation unter der Herrschaft seiner bewundernden und geliebten Großmutter.

Gedanken des Friedens und der Freundschaft für die ganze Menschheit sind gewiß recht lobenswerth. Was aber können sie bedeuten gegenüber der Thatsache, daß die deutsche Regierung unentwegt den völlerentwärtigen Willkürmissbrauch und Ausnahmengesetze gegen die arbeitenden Massen ihres Landes fabrizirt?

Gerichte über den Mord des Prinzen Albrecht von der braunschweigischen Regentenschaft zurückzuziehen wieder. Sie dürften kaum mehr begründet sein, als die früheren Gerichte gleicher Art.

Prinz Ludwig von Bayern und die Zölle. Auf dem bayerischen Landwirtschaftsrath wurde ein Antrag des Kreis-Ausschusses von Niederbayern berathen, der sich für die Beseitigung event. Herabsetzung der Pflasterzölle und Markgebühren aussprach. In der Diskussion nahm auch Prinz Ludwig das Wort, um einige bemerkenswerthe Äußerungen über Zölle im allgemeinen zu thun. Prinz Ludwig äußerte sich: „Die Aufschläge für Lebensmittel und Pflasterzölle seien auseinander zu halten. Das Reich erhebe landwirtschaftliche Zölle, aber auch die Gemeinden nähmen an ihren Grenzen Zölle. Welche Zölle verteuern. Der Zoll des Reiches sei ein Schutz der heimischen Landwirtschaft, während die städtischen Zölle zur Finanzierung der städtischen Widrigkeiten dienen. Für den Konsum wäre es vortheilhaft, wenn gar keine Zölle erhoben würden. Das Budget der Städte würde aber durch die Aufhebung der Zölle in große Verlegenheit kommen.“ — Was Prinz Ludwig hier gesagt hat, ist für uns nicht neu. Aber bemerkenswerth ist, daß ein Mann, dem ein warmes Herz für die Landwirtschaft auch von der „Deutschen Tagesztg.“ nicht wohl abgesprochen werden dürfte, dem oppositionellen Standpunkt der Konsumenten, vornehmlich also der Arbeiter, objektiv zu würdigen versteht. Es wird hier zugegeben, daß die großen Massen der Bevölkerung zu städtischen Zwecken durch Zölle vertheuere Lebensmittel kaufen müssen. Es ist auch zugegeben, was bekanntlich die agrarische Presse bestreitet, daß nicht etwa das Ausland den Zoll trägt, sondern die heimischen Konsumenten. Die Einfuhr und Erhöhung der Zölle hat demnach die Inlandpreise erhöht und nicht zugleich die Auslandspreise sinken lassen. Der Zoll traf voll und ganz die Inländer und wird nicht, wie das konservative Handbuch behauptet, dem Ausländer am Preise abgezogen. Werden die Agrarier den Prinzen Ludwig wegen seiner Äußerungen nunmehr in das Lager der liberalen und demokratischen Agitatoren verweisen?

Ein Eingriff in die Selbständigkeit der Gewerbegerichte scheint in der neuesten Nummer des Ministerialblattes für die innere Verwaltung in Preußen enthalten zu sein. Es bringt eine gemeinschaftliche Verfügung des Ministers des Innern und des Handelsministers vom 18. August 1908, die davon ausgeht, daß in letzter Zeit wiederholt zweifelhaft geworden sei, von welcher behördlichen Stelle die dienliche Aufsicht über die Geschäftsführung der Gewerbegerichte wahrzunehmen sei. Es solle daher dafür Sorge getragen werden, daß in die Ortsstatuten ein besonderer Paragraph

eingeschoben werde des Inhalts: „Die dienliche Aufsicht über die Geschäftsführung des Gewerbegerichts nimmt gemäß §§ 7 und 24 des Zuständigkeitsgesetzes der Regierungspräsident wahr.“ Die „Frankfurter Zeitung“ rät allen Gemeindebehörden, jeden Vorschlag des Regierungspräsidenten nach Einfügung eines derartigen Paragraphen in das Ortsstatut rundweg abzulehnen, da es sich bei diesem Vorgehen um die Einmischung der gerichtlichen Selbständigkeit der Gewerbegerichte handle und um die Durchbrechung der Auffassung, daß das Gewerbegericht ausschließlich der Justiz-aufsicht unterstehe.

Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb soll sich gut bewährt haben; zu diesem Urtheil ist die in Leipzig veranlaßt gewesene Konferenz deutscher Schutzvereine für Handel und Gewerbe gekommen. Aber für die Regierung und die Behörden scheint das Gesetz stellenweise schon recht unangenehm geworden zu sein. Die offiziellen „Berl. pol. Nachr.“ schreiben:

„Nur das wird man vornehmlich auch in den Geschäftskreisen selbst darauf hinarbeiten müssen, daß nicht Grundforderungen an die Gerichte gestellt werden, denen diese auf Grund des Gesetzes nicht entsprechen können. In einzelnen geschäftlichen Kreisen hat sich schon die Ueberzeugung eingestellt, daß das Gesetz gegen die Konkurrenz überhaupt helfen sollte, während doch nur die unlauteren getroffen wird. Die Folge dieser Anschauung ist verschiedentlich eine ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Gerichte.“

Im solche falsche Auffassungen zu beseitigen, wird die weitere Erhellung der Vereinigungen zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs empfohlen, die sollen dann auflösend wirken. — Es ist dies die alte, schlaue Taktik, dem bestehenden oder doch kurrenden Grunde, um Aufseher vor ihm zu haben, einen Knochen hinzuzufügen, mit dem er sich dann eine Weile amüßt. Die Regierung weiß jedenfalls ebenso gut wie andere Leute, daß all diese Schutzvereine und all diese Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb, die Ausnahme-Vestierung der Waarenhäuser u. s. w., daß alles dies gegen die Uebermacht und das ständige, erdrückende Vordringen der kapitalfräftigen Unternehmungen nichts nützt. Aber der Hund muß doch bei guter Laune erhalten werden; darum die von Zeit zu Zeit hingeworfenen Knochen. —

Die Umsatzsteuer für Waarenhäuser und Magazine wird vom Mittelstand gegenwärtig als Schutz gegen die übermächtige Konkurrenz verlangt, und die Ängster vor der Säge des Herrn Miquel verhandeln ganz ernsthaft über diese Wunde. Man weiß namentlich auf Frankreich hin, wo eine Geheißung sehr segensreich gewirkt habe. Wie wenig das der Fall ist, beweist z. B. ein Rundschreiben, das an die französischen Goldschmiede gerichtet ist, in dem es heißt:

„Das Geschäft wird, wie Sie wissen, immer schwieriger, und die Nöthigung, in der wir uns befinden, erlaubt uns nicht, gegen die Douane, Waarenhäuser, Abzahlungsgeschäfte u. s. w. anzukämpfen. Die großen Douane, welche uns allen eine so schreckliche Konkurrenz machen, haben in Paris eine Gesellschaft gebildet mit einem gemeinsamen Einkaufskomplex; auf diesem beruht ihre Stärke, weil sie durch das Komptoir von den Lieferanten so bedeutende Rabatte verlangen, daß sie ohne theurer zu verkaufen, doch mit größerem Nutzen arbeiten können.“ Das Rundschreiben besagt sich dann, daß Regierung und Parlament nicht interveniren, um diese „angesehene und unglückselige“ Konkurrenz zu beseitigen, und nicht mindestens die Transportkosten für den Kleinhandel herabzusetzen. — Man sieht hier, wie die Ausnahme-besteuerung der Waarenhäuser auch noch zur Kartellbildung treibt. Jedenfalls für die kleinen Geschäftleute ein sehr unerwünschter Erfolg jener Geheißung. —

Der Pariser Korrespondent der „Arenz-Zeitung“, Herr v. Jagow, ist aus Frankreich ausgewiesen worden. Er soll solche und dergleichen Mittheilungen über die Pariser Verhältnisse nach Deutschland gesendet haben.

Die „Arenz-Zeitung“ befindet sich in der fatalen Lage, diese Ausweisung ihres Korrespondenten ohne ein Wort der Kritik hinnehmen zu müssen, da sie stets die eifrigste Verteidigerin deutscher Regierungen war, so oft diese Ausweisungen „unthätiger“ Ausländer vornahmen. —

Der christlich-soziale Parteitag trat am Montag in Gießen zusammen. Vorgespriger a. D. Stöcker gab sich den Mühen, als ob er mit dem Stande seiner Sache ganz zufrieden sein könne; die 50000 christlich-sozialen Stimmen seien doch immerhin ein Erfolg, der Glaube der Sache könne ihm gerade in letzter Zeit stärker zu werden. Weniger optimistisch freilich äußerte sich Dr. Durdhardt, der den Rechenschaftsbericht gab und über die geringe Oportunität der Parteigenossen, die weder durch Geldbeiträge, noch durch Mitarbeit die Partei unterstützten.

Stöcker sprach über die politische Lage: Die größte Gefahr sei heute, daß man das Unglück und die Schäden der Zeit als lediglich durch die Sozialdemokratie hervorgerufen ansehe, und darüber allen politischen, sittlichen und sozialen Fehlern Absolution ertheile. Eine Gefahr, die nicht hoch genug eingeschlagen werden könne, bestehe darin, daß man den Arbeitern mit Fausthand droht, wenn sie zum Streik ansetzen. Man habe nicht mehr den Rath, die unthätigen Schwierigkeiten anders überwinden zu können. — Hierauf folgte ein Vortrag des Grafen v. Solms-Laubach über die Stellung der Christlich-Sozialen zu den übrigen Parteien.

Zur Annahme gelangten einige Resolutionen, in denen die bekannten Forderungen der Partei auf politischem und sozialem Gebiete wiederholt wurden.

Eine juristische Unmöglichkeit. Zu der Verächtlichmachung des Justizministers Schönstedt hinsichtlich der Festhaltung von Gefangenen über die eigentliche Strafzeit hinaus bemerkt die „Sächs. Arbeiter-Zeitung“:

„Es wird gewiß allgemein interessiren zu erfahren, daß diese juristische Unmöglichkeit in Sachen in der That besteht. Es wird hier jedem Gefangenen in seiner Instruktion von vorn herein bekannt gemacht, daß er zur Verbüßung von Disziplinarstrafen, die er sich etwa am letzten Tage seiner Strafzeit zuzieht, auch über die Dauer der eigentlichen Strafzeit hinaus festgehalten werden kann.“

Wenn derartige in Sachen geschehen ist, so liegt eine offensbare Widergesetzmäßigkeit vor. Wir würden einem Gefangenen, der über seine Strafzeit hinaus im Gefängnis festgehalten wird, anrathen, wegen Freiheitsberaubung Klage zu führen. —

Kriegervereinsliches aus Püttamer. Der „Pütt. Korr.“ wird aus Stolymünde geschrieben: „Nur vor dem Reichstags-Wahltag fand eine Generalversammlung des hiesigen Kriegervereins statt, in welcher der damalige Vorsitzende in einer Ansprache über Parteipolitik sprach und die Versammelten aufforderte, für den bisherigen konserverativen Abgeordneten Müller-Schweffel zu stimmen. Als ein Vereinsmitglied, Walter F., auf den § 9 des Vereinsstatuts aufmerksam machte, nach welchem die Erörterung von Politik und Religion in den Vereins-Sitzungen ausgeschlossen sei, stellte der Vorsitzende sofort den Antrag, den Kameraden F. als Störenfried aus dem Verein zu entfernen. Die Versammlung lehnte den Antrag entschieden mit allen gegen zwei Stimmen ab. Einige Zeit darauf haben der Stolper Landrath, Geheimrer Regierungsrath v. Püttamer und der Stolper Bezirks-Kommandeur durch den hiesigen Amtsvorsteher und den hiesigen Kriegervereins-Vorsitzenden den Kameraden F. dahin vernehmen lassen, ob er sich in einem Antriebsgedräch geäußert habe; bei der Stichwahl eher für einen Sozialdemokraten als für einen bündlerischen Agrarier zu stimmen, und für welchen der aufgestellten Kandidaten des Wahlkreises F. wohl gestimmt habe. Die hiesigen Sozialdemokraten sind verthört worden, ob F. mit ihnen politisch in Verkehr stehe. Der Walter F. rechnet sich zur national-liberalen Partei. In der am jüngsten Mittwoch stattgefundenen Generalversammlung des Kriegervereins verlas der Vorsitzende ein mehrere Seiten umfassendes Schriftstück des Stolper Landraths, nach welchem derselbe im Einverständnis mit dem Stolper Bezirkskommandeur den hiesigen Kriegerverein aufforderte, den Walter F. und

den Fischer G. aus dem Verein auszuschließen, widrigenfalls er — der Stolper Landrath — gewillt sei, die Auflösung des Kriegervereins zu ordnen. Als Motiv zur Ausschließung des F. waren verschiedene Gründe angegeben, die in der Versammlung aber als unrichtig erwiesen wurden. Dem Fischer G. war zur Last gelegt, daß er bei der Stichwahl im Auftrage des liberalen Wahlkomitees das Wahllokal eines ländlichen Wahlbezirks überfallen und mit Sozialdemokraten, die dasselbe beaufsichtigten, den Weg in Gemeinschaft zurückgelegt habe. Das letztere erwies sich als unzutreffend. Dieser landrathliche Antrag rief unter den Versammelten eine große Aufregung hervor, und die Generalversammlung beschloß mit Stimmeneinheit, daß die beiden Kameraden nach wie vor als Mitglieder dem Verein angehören sollen, da nach den Satzungen des Kriegervereins die Mitglieder ihren Verein selbst leiten, und nur aus ihrer Mitte ein Auflösungsantrag eingebracht werden könne, wozu jetzt kein Grund vorliegt.“

Ein „Patriot“ darf nicht mit einem Sozialdemokraten eines Begehren geben — so will es der Landrath v. Püttamer. Nun, ein Sozialdemokrat wird nicht anbrechen, wenn ihm deartige „Patrioten“ zehn Schritte vom Leibe bleiben. Wohl aber wird jenes Püttamer-Kloster den jenseitigen Dünkel den weitesten Kreisen offenbaren. Wie weit es unsere otheibischen „Edeleuten“ bereits mit ihrem Dornbusch gebracht haben, zeigen die oben geschilderten Vorgänge im Stolymünder Kriegerverein. Selbst bei den Loyalisten der Loyalisten findet dies Gebahren bereits Widerstand. —

Wien, 11. Oktober. (Fig. Ber.) Der hiesige Vorsitzende des Verbandes deutscher Kriegsveteranen ist wegen Verdachts der Unterschlagung und Urkundenfälschung verhaftet worden. Vorher hatte er eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, in der ihm durch den Zentralvorstand in Leipzig telegraphisch die Vollmacht entzogen sein soll. In dieser Versammlung wurden acht Vorstandsmitglieder nicht wiedergewählt. Am jüngsten Sonntag fand mit einer von einem nach seiner Angabe von der Behörde dazu autorisirten Mitgliede des alten Vorstandes einberufene Versammlung statt, in der es zu unglaublichen Auftritten kam. Der Einberufer wollte die vorhergegangene Versammlung für unglültig erklären, weil man darin „mit gekauften Menschen“ bewährte Männer habe hinausgeschoben wollen. Mehrere „Veteranen“ sprangen auf und protestirten gegen die Ankerungen, man schreie „Hinaus!“ und es entstand ein solcher Tumult, daß der anwesende Polizeikommissar einschreiten und einige vor der Thür postirte Schutzleute zu seiner Unterthügung hereinrufen mußte. Auch die folgenden Redner wurden durch unbeschreibliche Unruhe, Geschrei und Scharen mit den Köpfen unterbrochen, sodas man schließlich unerrüdeter Dinge auseinander ging. — Solche Ausschüßung ist für die stiftlichen Vorkämpfer der Kriegervereine und besonders für den wackern General Epif sehr betrießend. Anstatt geschlossen gegen den „Austurz“ zu marschiren, Irathen diese Krieger untereinander wie die Wilden.

Strasbourg I. G., 10. Oktober. (Fig. Ber.) Die hiesige „Bürgerztg.“ veröffentlicht heute eine ihr vom kommandirenden General des 15. Armeekorps, Herrn v. Falkestein, zugegangene Verächtigung in Sachen der am 14. September d. J. erfolgten Tödtung des Sergeanten Scheinhardt durch den Mannen-Mittmeister Grafen Stolberg-Wernigerode. Diese sogenannte Verächtigung lautet: 1. daß die Verletzung des Sergeanten Scheinhardt lediglich in einem durch große Dienstvernachlässigung und fortgesetzter Widerrede provozirten Säbelhieb bestand, 2. daß der sofort nach dem Hinscheiden des Verletzten gegen den Beschuldigten erlassene Haftbefehl infolge der Manöverbewegung erst am folgenden Tage in Saarburg vollzogen werden konnte, 3. daß die Angabe, der Beschuldigte habe bereits früher seinen Vardien erlösen, auf Unwahrheit beruht. — Dazu bemerkt die „Bürgerzeitung“: Diese Verächtigung ist in der Hauptsache eine Verächtigung der Feinerzeit gebrauchten Nachricht, wonach der Wittmeister Graf zu Stolberg-Wernigerode den Sergeanten Scheinhardt im Manöver erstochen hat.

Die Verächtigung stellt amtlich fest, daß Graf zu Stolberg-Wernigerode den Sergeanten Scheinhardt mit einem Säbelhieb betrauntete. Die Verächtigung bestreitet des weiteren nicht, daß Scheinhardt kurze Zeit nachdem er die Verletzung erlitten, gestochen ist, sowie daß Stolberg den Sergeanten Scheinhardt mit Andräuden wie „gemeiner Hund“, „Schuft“ u. dergleichen. Es hätte mehr zur Verächtigung des Publikums gedient, wenn unmittelbar nach der That eine amtliche Klarstellung der Affäre erfolgt wäre. Statt dessen kommt jetzt fast vier Wochen nach dem Geschehen, welches das peinlichste Aussehen erregte, eine Verächtigung. Bezeichnend ist, daß in der Verächtigung davon die Rede ist, der Säbelhieb sei durch große Dienstvernachlässigung (also nicht einmal Widergesetzmäßigkeit oder gar Verdröhung) provozirt worden. Das Militär-Reglement kennt als Folge von Dienstvernachlässigungen schwere Strafen. Von Säbelhieben — provozirten und nichtprovozirten — ist darin keine Rede.

Das Ministerium für Ueb-Verhörungen hat die in Paris erscheinende und von R. Voignet herausgegebene Zeitung „L'Unité National“ von der Verbreitung im Reichslande ausgeschlossen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Vom Landgericht zu Dresden wurde ein 48 Jahre alter, noch unbekannter Schuhmachermeister Riedert, aus Obereichenborsdorf gebürtig, zu sechs Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt. Der betreffende soll gelegentlich eines Feldgottesdienstes vor der Feier des 200jährigen Bestehens des sächsischen Pionierbataillons vor einer großen Menschenmenge beleidigende Redensarten in bezug auf den König von Sachsen geäußert haben. Die bisherige Unerscholtheit des Beschuldigten wurde als strafmildernd in betracht gezogen. Bemerk sei, daß es sich nicht um einen Sozialdemokraten handelt.

Von Klantou. Durch kaiserliche Kabinettsordre ist der Kapitän zur See Jacsóke zum Gouverneur von Klantou ernannt worden. Der bisherige Gouverneur, Kapitän zur See Rosen-dahl, tritt zur Marinestation der Diffe zurück. —

Oesterreich.

Wien, 12. Oktober. Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Verordnung des Gesamtministeriums, durch welche die für 33 politische Bezirke geltende getrocknete Ausnahme-verfügungen hinsichtlich 10 dieser Bezirke vom 11. Oktober ab aufgehoben werden.

Ungarn.

Budapest, 11. Oktober. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses stimmte dem Gesetzentwurf über das Zoll- und Handelsbündnis zwischen Oesterreich und Ungarn im allgemeinen zu; die Einzelberatung findet morgen statt. Im Laufe der Debatte erklärte der Ministerpräsident Baron Vassffy, wenn das Gesetz von 1867 jetzt anders gedeutet werde, als es seit 30 Jahren geschehen sei, so möge man sich nicht wundern, wenn möglicherweise eine Erschütterung des konstitutionellen Lebens eintreten oder auch die durch das Zollbündnis geschätzten Vortheile verloren gehen könnten. Die Minorität könne wohl die Majorität an Schwächen hindern, aber etwas gegen den Willen der Majorität zu Stande zu bringen, sei unmöglich. Dies wäre kein verfassungsmäßiges Leben mehr, dies wäre parlamentarische Revolution. Die Ausgleichs-Vergaben bedeuteten gegen das bisherige in Geltung Gewesene eine große Verbesserung, er bitte, die Vorlage anzunehmen. —

Budapest, 12. Oktober. In der Ortschaft Lepenth im Bes-primer Komitat trafen gestern betrunkene Sozialisten Kaufereien hervor, und verachteten den Gendarmen, welche einschritten, die Gewehre zu entreißen. Einer der bedrohten Gendarmen machte von der Feuerwaffe Gebrauch; die Angel verwundete einen Arbeiter schwer und tödtete ein hinter denselben stehendes Mädchen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Nicht an diesen offiziellen Mittheilungen dürfte bios sein, daß die Gendarmen umschuldige Personen erschossen hat. Ueber den Anlaß zu dem bedauerlichen Zusammenstoß dürfte man wohl auch aus anderen als den offiziellen Quellen noch einiges erfahren. —

Frankreich.

Paris, 12. Okt. Picquart durfte gestern in Gegenwart des...

Paris, 11. Oktober. In einer Besprechung des englischen...

Dänemark.

Dem Volkething ist der Budget-Entwurf für 1899/1900...

Dieser Entwürfen stehen folgende Ausgaben gegenüber: für das...

Die Staatsschuldentilgung erfordert 7 Mill. Kr. Der Rest...

Von den beanstandeten Wahlen sind zwei als gültig anerkannt...

Ferner ging dem Volkething der vom Vorjahre bekannte...

Auch das Landarbeiter-Ansiedelungs-Gesetz ist dem...

Norwegen.

Christiania, 12. Oktober. Das Storting ist heute Nachmittags...

Italien.

Die „Internationale Pressekonferenz“, welche kürzlich in...

Zu dieser Resolution nimmt wie uns aus Rom geschrieben...

Der „Kantil“ bezeichnet dies als den ersten Sieg, den die...

Rom, 9. Oktober. (Fig. Ver.) Das neue Unfallversicherungsgesetz...

In Mailand ist ein Offizier auf der Straße einen Arbeiter...

Spanien.

Madrid, 11. Oktober. Nach einer amtlichen Depesche von den...

Madrid, 12. Oktober. Die hier über die Haltung der amerikanischen...

Die Stellung der spanischen Regierung gegenüber der Philippinenfrage...

darauf, daß dieser Hafenplatz Manila und etwa die Provinz Cavite...

Türkei.

Konstantinopel, 12. Oktober. Die Generale Osman Nuri...

Afrika.

Kayseri, 12. Oktober. Infolge des gestern von der Kammer...

Zum englisch-portugiesischen Afrika-Vertrag. Die portugiesische...

Asien.

Yokohama, 12. Oktober. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet...

Amerika.

New-York, 11. Oktober. Die Besetzung Ruba's durch die...

New-York, 11. Oktober. Seit dem Ausbruch des gelben...

Aus New-York meldet man der „Frankf. Ztg.“: Halbamtlich...

Omaha (Nebraska), 12. Oktober. Der Präsident Mac Kinley...

Kampf um das Koalitionsrecht!

Die Schuld der Unternehmer an dem Ausbrechen von Streiks

war von dem Gewerkschaftsausschuß in einer Resolution...

Die in dem Gewerkschaftsausschuß vereinigten Vertreter der...

Das bringt die „Verl. Neue Nachr.“ in den Harnisch. Sie...

Warum, so fragen wir, haben die „N. N.“ nicht auch die...

Die in den Gewerkschaftsverbänden organisierten Arbeiter...

Der Abdruck dieser Sätze würde es dem ehrenwerten Blatte...

Zuchthausstrafe

soß nach der Mitteilung eines angeblich dem Grafen Posadowsky...

Dieser Urtheilspruch zeugt nach der „Allg. Ztg.“ von gesundem...

Wo zu noch das Zuchthausgesetz?

Der Bauarbeiter Gr. in Lübeck hatte während des vorigen...

Ein sachliches Urtheil.

Seim vorjährigen Streik in der Schiffsgeherlei von Ludwig...

Gegen die Zuchthausvorlage

erklärten sich Volksvereinigungen in Rehme i. W., Pirna,...

Partei-Nachrichten.

In Wismar hat der Parteigenosse Robert das in der Wg-...

Volksrechtliches, Gerichtliches etc.

Die Amtshauptmannschaft Pirna i. S. hatte, wie ihre...

Soziales.

Betreffs der Anforderungen an den Gesundheitszustand, die...

Arbeiter-Risiko. In der Herrmann'schen Brauerei in...

Nach den neuen Vorschriften über die Dienstdauer beim...

stehen, zwar den dritten Sonntag frei zum Kirchenbesuch haben, aber im übrigen nur den sechsten Sonntag als Ruhetag gewährt bekommen, wobei die Weichensteller, die einen achtstündigen Dienst verrichten, ihren freien Sonntag untereinander dienstlich ausgleichen müssen, da kein Vertreter gestellt werde. Gesuche an die Vorgesetzten, die Bestimmungen über die freien Sonntage in größerem Umfang durchzuführen, seien ohne Erfolg geblieben. Weiter wird u. a. noch Klage über große Wohnungsnot geführt, in der sich das untere Bahnpersonal der Station Lauban befindet. Da die Mieten am 1. April und 1. Juli wieder gestiegen seien, solle man den Unterbeamten und Arbeitern Thenerungszulagen gewähren. Diese Kategorien seien um so übler daran, als auch sonst der Lebensunterhalt sehr kostspielig wäre, da durch die kgl. Hauptwerkstatt und andere Fabriken alles vertheuert würde. Eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse wäre in Lauban leicht durchführbar, da die Eisenbahnverwaltung noch größere Ländereien besitze, die jetzt an Private verpachtet seien.

Zur Beschaffung von warmem Frühstük für arme Schüler bewilligte die Stadtverordneten in Halle a. S. 2000 M. auf die Zeit der Wintermonate.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Vergolder und Verfügenossen haben bis jetzt — wie am Mittwoch in einer Versammlung berichtet wurde — 61 Ausgesperrte zu verzeichnen. Die Zahl der streikenden Verfüger beträgt 78, einige arbeiten bereits zu den gestellten Bedingungen. Die Versammlung beschloß nach längerer Diskussion, einstweilen keine weiteren Schritte zu unternehmen, sondern den Termin abzuwarten, welcher in Sachen der 18 Verfügerischen Arbeiter am Freitag vor dem Gewerbegericht stattfindet. Man hofft, daß nach Entscheidung der Klage eine Einigung zwischen den Fabrikanten und den Streikenden stattfinden könnte. Wie aus privaten Mittheilungen des Fabrikanten-Vertreters Weigert bekannt geworden ist, besteht die Firma August Werkmeister darauf, daß die bei ihr ausständigen, angeblich kontraktbrüchigen Arbeiter die angefangene Arbeit vollenden. Wenn dann die übrigen, nicht kontraktbrüchigen Arbeiter das Einigungsamt anrufen, dann würden die Fabrikanten unter möglichster Berücksichtigung der Forderungen der Streikenden mit diesen unterhandeln. Die bereits Ausgesperrten würden sofort wieder eingestellt nachdem die Werkmeister die Arbeit aufgenommen worden sei. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr v. Schulz habe sich bereit erklärt, alles was er könne, zu thun, um eine Einigung der streikenden Parteien herbeizuführen.

Achtung, Püker! Die im Sommer vorhandene Arbeitslosigkeit unter den Püchern haben sich die Arbeitgeber zu nütze gemacht und den Püchern Bedingungen auferlegt, die nicht länger zu dulden sind. Die Lieferung von Rüstzeug, Schablonen und vierzehntägige Löhnung sind Dinge, die unelcidlich geworden sind. Einzelne größere Baufirmen haben sogar den Versuch gemacht, zwei Tage Löhnung der ersten Arbeitstage als Kaution einzubehalten. Alle diese Uebelstände haben die vereinigten Pücher innerhalb der letzten drei Jahre verfußt energisch zu bekämpfen. Leider trägt der Wankelmuth der einzelnen Kollegen viel dazu bei, daß wir oft vergeblich kämpfen müssen. Bei der jetzt eingetretenen günstigen Arbeitsgelegenheit ist es auf mehreren Bauten den Kollegen unter Mitwirkung der Lohnkommission gelungen, einige Uebelstände zu beseitigen und den Tarif von 1896 zurückzuerobern. Nur 1 oder 2 Tage Arbeitsruhe reichte hin, um die Forderung durchzusetzen. Es ist somit der Beweis erbracht, daß ein ernstes Widerstand des Arbeitgebers nicht zu erwarten ist, wenn die Kollegen ernstlich eine Verbesserung ihrer Lage verlangen. Die Lohnkommission erucht deshalb alle diejenigen, welche zu niedrigen Preisen arbeiten, in ruhiger Weise bei ihrem Arbeitgeber vorstellig zu werden, um die jetzt günstige Arbeitsgelegenheit zu ihrem Vortheil auszunutzen. — Ganz besonders haben die Kollegen, die im Innern arbeiten und die Arbeit für 18 Pf. pro Meter anfertigen, die Pflicht, in ihrem eigenen Interesse mit Hand ans Werk zu legen, um den früher schon gezahlten Tarif zurückzuerobern. In allen Fällen ersuchen wir aber, uns sofort zu benachrichtigen, damit wir energisch eingreifen können. Die Lohnkommission der Pücher.

Deutsches Reich.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in der letzten Nummer des „Correspondenzblatt“ folgende Berichtigung: „In der Streikstatistik, welche im Jahre 1897 veröffentlicht worden ist, befindet sich in der kleinen Tabelle „Angriffsstreiks“ ein Druckfehler. Es muß dort bei „Anzahl der Streiks“ 674 statt 647 heißen. Dieser Fehler ist leider in die Statistik für 1897 übernommen; es muß deshalb in der gleichen Tabelle heißen: Anzahl der Streiks von 1800/91 bis 1897 1004 statt 977, wie irrthümlich angegeben ist.“

Die Leipziger Modell- und Fabrikarbeiter haben ihren Streik vertagt. An dem Streik waren noch 12 Geschäfte mit 60 Gehilfen beteiligt. 17 Gehilfen arbeiten zu den alten Bedingungen, zu den neuen Bedingungen sind 78 beschäftigt, 4 sind anderwärts untergebracht.

Der Verband der christlichen Maurer in Aöln, um dessen Gründung die Führer der Aölnner Zentrumspartei, besonders die katholische Geistlichkeit sich vor Jahresfrist bedeutende Mühe gemacht haben, freisetzt nur ein bescheidenes Dasein. In einer öffentlichen Versammlung, die schon acht Tage vorher bekannt gemacht und zu der auf Plakaten alle Freunde der christlichen Gewerksvereine eingeladen worden waren, fanden sich nur achtundzwanzig Personen ein, deren sechs zudem noch dem Zentralverband der Maurer angehörten. Man nahm unter anderem auch Stellung zur Oehnhäuser Rede und forderte in einer Resolution die Abgeordneten auf, nicht nur einer Beschränkung des Koalitionsrechts entschieden Widerstand entgegenzusetzen, sondern für eine weitere Ausdehnung des Koalitionsrechts zu wirken.

Ueber die Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet wird der „Vossischen Zeitung“ aus Essen geschrieben:

„Die ich zuverlässig erfahre, ist man in den Kreisen der Bergarbeitenden fest entschlossen, den von dem Bergarbeiter-Verbande aufgestellten Forderungen gegenüber einen durchaus ablehnenden Standpunkt einzunehmen. Ein Ausstand der Bergarbeiter soll mit einer Betriebsbeschränkung auf den Felsen und einer Herabsetzung der Löhne beantwortet werden. Die vom Handelsminister Vresfeld in Erwägung gezogene Anstellung von Hilfskontrolloren aus dem Arbeiterstande beim Privatbergbau soll keine Aussicht auf Verwirklichung haben. In der Bevölkerung des Industriebezirks ist man allgemein der Ansicht, daß man einer beweglichen Zeit entgegengehe, da man die durch die jüngsten großen Grubenunfälle gesteigerte Unzufriedenheit der Arbeiter kennt. Durch die Einführung der Arbeiterinspektoren könnte die erbitterte Stimmung unter den Arbeitern leicht genuidert werden, denn thatsächlich tritt die Lohnfrage bei den meisten unter ihnen hinter der Frage der Grubenkontrolle weit zurück.“

Die Drohung der Grubenbarone, den Ausstand der Bergarbeiter mit einer Herabsetzung der Löhne zu beantworten, dürfte geeignet sein, daß die Arbeiter in der Lohnbewegung um so fester zusammenhalten und der Kampf an Schärfe gewinnt. Daß unter dem Eindruck der Oehnhäuser Rede und vor allem unter den gegenwärtigen sozialpolitischen Anschauungen in Regierungskreisen, die Abneigung gegen die Grubenkontrolle in leitenden Kreisen an Stärke zugenommen hat, ist wohl anzunehmen. Es giebt keine Unternehmerkategorie, die leichtfertiger mit dem Leben der Arbeiter spielt, als die Kohlenindustriellen. Daß sie nicht Maßnahmen unterstützen, die im Interesse der Arbeiter die Sicherheit des Betriebes gewähren, ist klar, sie verweigern sonst ihren ganzen Charakter. Aber daß diese Kreise heute jede berechtigte Forderung der Arbeiter niederhalten können, kennzeichnet die Stellung der Regierung.

Grober Unfug. Der Redakteur der Erfurter „Reibüne“ Rudolph wurde vom Schöffengericht in Erfurt zu einer Woche Gefängniß verurtheilt, weil er im Anschluß an die Lohnbewegung

der Brauer folgende Notiz veröffentlichte: „Die Klassenbewußte Arbeiterchaft Erfurts steht mit der Brauerei Böhner auf dem Kriegsfuß.“ Diefelbe feierliche Uebersetzung wurde dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsraths, Genossen Fahrenkamm, wegen Herausgabe eines Flugblattes zu theil. — Das Urtheil ist ein neues Maßesblatt für den groben Unfug.

In der Gießerei von Heilbromer in München sind Differenzen ausgebrochen, die zu einem Streik der dort beschäftigten Arbeiter führten.

Ausland.

Die Taledweber in Koloinea (Galizien) befinden sich im Ausstand. Die Arbeiter hatten sich bemüht, eine Organisation zu gründen, die sie gegen ein weiteres Herabdrücken ihrer sehr dürftigen Lage schützen sollte. Nachdem fortgesetzt die Mitglieder dieses Vereins gemahregelt wurden, haben nunmehr die Weber zum Ausstand gegriffen, um ihre Rechte zu verteidigen.

Der Streik der Pariser Bauarbeiter gewinnt noch immer an Ausdehnung. Die einzelnen Branchen halten jeden Tag Versammlungen ab, die von vielen Tausenden besucht sind. Die Eisenbahnarbeiter hatten eine Versammlung einberufen, in welcher Guérard, der Präsident des Eisenbahnarbeiter-Syndikats, erklärte, daß die Antworten der meisten Sektionen bezüglich des Anschlusses an den Generalstreik noch fehlten, daß er aber nicht zweifle, daß die Mehrzahl derselben ihm zustimmen werde. — Das Zentralkomitee giebt bekannt, daß zunächst nur die Erdarbeiter, welche am längsten im Ausstande sich befinden, Unterstützungsgelder erhalten würden. Die Kooperativ-Genossenschaft „Gleichheit“ verpflichtet sich, den Streikenden während der Dauer des Ausstandes das Brot zu kredittiren. — Den Blättermeldungen zufolge haben am Dienstag auf den Bauustellen 3000 Personen gearbeitet. Wie die „Liberé“ berichtet, haben auch die Metallarbeiter die Absicht, in den Generalstreik einzutreten. Im ganzen soll die Erregung der Streikenden geringer sein, und die Mehrzahl der Blätter glaubt, der Streik werde durch die Uebernahme der Arbeiten in städtische Rechnung baldigst beendet sein.

Die Präsidenten des Stadtraths und des Generalraths begaben sich gestern Vormittag zum Handelsminister, um denselben die Forderungen der Ausständigen hinsichtlich der Ausstellungsarbeiten auszuweisen zu sehen. Der Minister erwiderte, trotz seines Wunsches, den Ausstand beendigt zu sehen, könne er zur Zeit nichts thun. Der Minister fügte hinzu, die Ausstellungsarbeiten seien genügend weit vorgehritten, so daß man das Ende des Ausstandes abwarten könne, ohne den Erfolg der Ausstellung zu beeinträchtigen. Die beiden Präsidenten begaben sich hierauf in Begleitung von Abordnungen Ausständiger zum Arbeitsminister, um denselben zu bitten, bei den Eisenbahn-Gesellschaften zu gunsten der Erdarbeiter vorstellig zu werden. Der Minister erwiderte, er könne amtlich bei den Gesellschaften nicht interveniren.

Kommunales.

Die städtische Kommission für Kunstzwecke hat gestern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Kirchner beschlossen, dem Hansaplag-Bezirksverein, welcher um die Aufstellung eines Monumental-Brunnens auf dem Hansaplag auf städtische Kosten nachsucht, zu antworten, daß gegenüber den bereits für die nächsten Jahre in Angriff genommenen Arbeiten keine Mittel für den gedachten Zweck verfügbar sind. Stadtbauath Hoffmann erstattete Bericht über den Stand der Arbeiten für die Ausschmückung des Eingangs zum Friedrichshain. Es wurden Zeichnungen vorgelegt, welche im großen und ganzen die Billigung der Deputation fanden. Das Projekt gipfelt in drei Monumentalbauten, welche in Verbindung mit Springbrunnen und reichen Figurenreihen die deutschen Märchen zur Darstellung bringen. Die Kosten der über mehrere Jahre vertheilten Arbeiten werden etwa 250 000 M. betragen. Zur Ausführung sind die Bildhauer Göze, Pausel und Wiedemann gewonnen. Die Aufstellung der Herme der Freiheitskämpfer im Viktoriapark soll im nächsten Frühjahr erfolgen. Die Modelle für den vom Professor Leising auszuführenden Monumentalbrunnen auf dem Ligonaplag wurden von der Deputation beschlätigt. Der Brunnen wird im Frühjahr 1900 zur Aufstellung gelangen und sind für dieses Kunstwerk, welches in Sandstein ausgeführt wird, 150 000 Mark ausgelegt. Eine Abordnung von fünf Mitgliedern der Deputation begab sich nach Schluß der Sitzung nach dem Hansaplag, um die nunmehr fertig gestellte Sigant und die dazu gehörigen Normen abzumachen. Die von den Bildhauern Haberlamp und Gorman ausgeführten Gruppen (Arbeiter mit seinem Knaben und Mutter mit einem Säugling) sowie die von Ressel u. Nöhl hergestellte Vaul in dunklem Granit geben zu keinen Erinnerungen Anlaß. Fertiggestellt ist nun auch die Sandsteingruppe „Ballspiel“ von Kolosch auf dem Koppenaplag.

Aus dem von der Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Mieselfelder in diesen Tagen erstatteten Rechenschafts-Bericht über den Klassenabschluß für 1897/98 ergeben sich einige Betrachtungen von allgemeinem Interesse. Die Kosten für die Betriebsabteilung der Kanalisationswerke, nämlich den Betrieb der Hausanschlüsse und Straßenleitungen einerseits und den Betrieb der Pumpstationen, also die Beförderung der Abwässer von den Pumpstationen mittels der Druckrohre nach den Mieselfeldern andererseits, hatten eine Höhe von 1 155 488 M., sie bleiben damit infolge mehrerer Ersparnisse um ca. 55 800 M. hinter dem Etat zurück. Die Bewirtschaftung der Mieselfelder hat an hohem Gelde einen Ueberschuß von 1682 M. mit Einrechnung des Mehrwerthes an Materialien, Inventar und an den bis zum Klassenabschluß noch nicht in baare Geld umgesetzten Erntevorräthen gegenüber dem vorjährigen Abschluß, insgesammt einen Ueberschuß von 65 774 M. ergeben. Bei den Hausanschlüssen, die in etwas größerer Anzahl stattfanden, als veranschlagt war, hat die Stadtverwaltung den Betrag von 16 004 Mark zugesprochen, weil sie die Kosten für den unter dem Straßendam lagernden Theil der Hausleitungen trägt, während die übrigen Kosten, für den Theil unter dem Bürgersteige, von den Eigenthümern der betreffenden Grundstücke erstattet werden. Sehr stark ist die Rate angewachsen, welche für die Amortisation der Anleiheguldens aufgewendet wird; sie beträgt für dieses Jahr 2596 M. über den Anschlag hinaus, 1 047 592 Mark; an Anleihezinsen dagegen waren 75 953 M. weniger aufzuwenden, als im Etat angenommen war, weil die Kanalbauten, Optirungsarbeiten nicht den erwarteten Umfang angenommen hatten; immerhin haben sie noch einschließlich der Zinsen einer Hypothek die statische Höhe von 2 045 473 M. erreicht. Bedeutend sind diese zum theil bedeutenden Ausgaben durch die Kanalisationsgebühren, welche zu 1 1/2 pCt. des Ertrages der angeschlossenen Grundstücke sich auf 4 732 577 M. belief und damit den Etat um 104 779 M. überhörrt. Die Zahl der gebührenschiichtigen Grundstücke bleibt um ein geringes hinter den Erwartungen zurück; anstatt 23 800 Grundstücken unterlagen nur 23 533 der Gebührenschiichtigkeit. Zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Ausgaben und Einnahmen der Verwaltung war ein Zuschuß aus den laufenden Einnahmen der Stadt, d. h. also aus ihren Steuern, in Höhe von 1 448 963 M. erforderlich, während der Etat erheblich mehr, nämlich eine Summe von 1 651 851 M. angenommen hatte. Schon jetzt sind von den Anlagelosten von 106 789 218 M. volle 19 894 633 M. getilgt.

Die große Fraktion und die neue Fraktion der Linken der Stadtverordneten-Versammlung haben beschlossen zu beantragen, die auf der Tagesordnung der heutigen Stadtverordneten-Sitzung stehenden Verathungen über den mit den Berliner Elektrizitätswerken abzuschließenden neuen Vertrag auf 14 Tage zu vertagen, weil die Mitglieder der Versammlung bei der Kürze der Zeit und dem von dem vorberatenden Ausschusse vorgelegten umfangreichen Material des bezüglichen Gegenstandes sich noch nicht haben genügend unterrichten können.

Gegen die zur Ausbreitung und Ausgestaltung von Volksbibliotheken testamentarisch angeordnete Stiftung des früheren Stadtverordneten Professors Dr. Leo waren in der Stadtverordneten-Versammlung verschiedene Bedenken geltend gemacht, weshalb zur Vor-

berathung der betreffenden Magistratsvorlage von der Versammlung ein Ausschuß niedergesetzt worden ist. Derselbe hat unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Friederici und im Beisein des Stadtraths-Marggraf und des Magistrats-Assessors Meyer diese Bedenken einer Prüfung unterzogen und ist, nachdem von dem anwesenden Testamentsvollstrecker, Stadtverordneten Jacobi, befriedigende Aufklärungen gegeben worden waren, einstimmig zu dem Beschlusse gekommen, der Stadtverordneten-Versammlung die Annahme des Vermächtnisses zu empfehlen.

Soziale Rechtspflege.

Der Streik der Verfüger bei der Firma August Werkmeister beschäftigte gestern das Gewerbegericht in einem sogenannten Vergleichstermin, d. h. einem Termin ohne Beistiger. Die Verhandlung leitete Gewerberichter Dr. Gertb. Es handelte sich um die Klage, die August Werkmeister, vertreten durch seinen Schwiegersohn, gegen 18 Verfüger wegen angeblichen Kontraktbruchs angestrengt hatte. Der Kläger beantragt, die Beklagten zu verurtheilen, die beim Eintritt in den Streik liegen gebliebene unfertige Affordarbeit fertigzustellen. Millarg und Schnorre, die die Beklagten vertreten, bestritten jede rechtliche Verpflichtung dazu, da Kündigung ausgeschlossen war, sie erklärten aber einen Vergleich nicht für ausgeschlossen. Die Beklagten seien geneigt, die unfertige Arbeit sofort ordnungsmäßig herzustellen, wenn sich der Vertreter der Firma bereit finde, betreffs der Forderungen der Verfüger vor Ausnahme der Arbeit in Unterhandlungen einzutreten und die Forderungen eben zu bewilligen. Der Vertreter der Firma und der persönlich anwesende Herr August Werkmeister lehnten dies indessen ab und betonten, daß die fragliche Arbeit bedingungslos fertiggestellt werden müßte. Dann könnten die Leute ihre Forderungen vorbringen, eine Einigung darüber wäre dann eventuell wahrscheinlich. Herr Werkmeister führte noch aus, er müßte seine Verpflichtungen dem Fabrikantenverein gegenüber erfüllen, er könne deshalb nicht frei entscheiden. Ein Streik wäre vielleicht überflüssig gewesen, wenn die Ausständigen noch ein paar Tage gewartet hätten. Sie hätten die Fabrik verlassen, obwohl er ihnen versprochen habe, in den nächsten Tagen eine Unternehmer-Versammlung zu veranlassen und dort die Forderung der Verfüger vorzulegen. Die Vertreter der Arbeiter bemerkten hierauf, die Forderungen seien schon längst (seit 14 Tagen) gestellt gewesen, die Verfüger der Firma hätten aber nie einen definitiven Bescheid erhalten — bis die von der Organisation beschlossene Wartezeit abgelaufen gewesen sei. Länger hätten sie nicht warten können. — Ein Vergleich kam nicht zu stande. Der somit nothwendig geordnete neue Termin findet am 14. Oktober unter Mitwirkung von Beisitzern statt.

Sehr befremdlich war, daß in Gerichtssaale Polizeibeamte in Zivil anwesend waren, welche sich unter die dort anwesenden Verfüger mischten. Ob diese Erscheinung ebenfalls ein Ausfluß des neuesten Kurses in der Sozialpolitik ist, oder ob sie sonst einen Zweck haben soll, wissen wir nicht. So viel ist sicher, daß die Gegenwart von Beamten gerade nicht danach angethan war, die Lust zur friedlichen Beilegung des Konfliktes bei den Arbeitern zu fördern.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Elbing, 12. Oktober. (B. G.) Der „Elbinger Zeitung“ zufolge ist in der vergangenen Nacht das Amtsgerichtsgebäude in Saalfeld in Ostpreußen mit sämtlichen Akten vollständig niedergebrannt.

Frankfurt a. M., 12. Oktober. (B. G.) Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel telegraphirt wird, lehnten die Mächte die von der Pforte in ihrer gestrigen Antwortnote verlangte Beibehaltung dreier Garnisonen auf Areta, nämlich in Kandia, Aenea und Reithmo, als Zeichen der Souveränität des Sultans ab und bestanden auf der vollständigen Räumung der Insel.

Frankfurt a. M., 12. Oktober. (B. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Das italienische Generalkonsulat hat gestern fälschlich hier als verdächtig bezeichnete Individuen zwangsweise reparirt.

Leipzig, 12. Oktober. (B. G.) Die „Leipziger Neuest. Nachr.“ bringen in ihrer Donnerstag-Ausgabe über Moriz Wulch einen äußerst scharfen Artikel ihres Berliner Korrespondenten, welcher besammliche Beziehungen zu dem Hause Bismarck hat. In dem Artikel werden dem Wulch's zahlreiche Mißverständnisse, grobe Fälschungen und bewusste Lügen und Fälschungen nachgewiesen. Auch wird Wulch vorgeworfen, in seiner Eigenschaft als Beamter geheime Staatsdokumente widerrechtlich kopirt und veröffentlicht zu haben. Staß Rath Prof. Schweininger hat dem Artikel zufolge Wulch's Darstellungen der Gewohnheiten des verstorbenen Fürsten Bismarck als „infame Lügen“ bezeichnet.

Paris, 12. Oktober. (B. T. V.) Die „Liberé“ erklärt, General Mercier habe die Anregung des Ministeriums, die Dreyfus-Blätter zu verfolgen, abgelehnt, weil er über die geheimen Absichten, welche hinter der Anregung stecken, nicht ganz beruhigt sei. — Die Zahl der auf den großen Bauplätzen Arbeitenden betrug heute 6000. Ministerpräsident Driffon empfing heute Nachmittag die Bureau des Municipalraths und des Generalraths, welche mehrere Verwaltungsfragen hinsichtlich des Ausstandes zur Sprache brachten. Driffon erwiderte, der Minister-rath werde sich demnächst mit diesen Fragen beschäftigen.

Paris, 12. Oktober. (B. T. V.) Der Seine-Präfekt empfing heute Nachmittag eine Abordnung von Unternehmern von Arbeiten der Stadt Paris. Die Unternehmer nehmen die ihnen gestellte Bedingung an und werden den Arbeitern 60 Cts. pro Stunde zahlen.

London, 12. Oktober. Nach einer bei Lloyd's eingegangenen Meldung aus Dover war das Schiff, mit welchem das belgische Postschiff „Princesse Josephine“ in der vergangenen Nacht im Kanal zusammenstieß, die norwegische Bark „Alm“, welche nach Natal bestimmt war. Letztere wurde arg beschädigt und led und ankert in Dover.

Christiana, 12. Oktober. (B. T. V.) Die norwegische Regierung hat auf grund der Friedensumgebung des Kaisers von Rußland eine Vorstellung an den König gerichtet, welche anregt, die Anerkennung der Neutralität Schwedens und Norwegens von den Mächten anzustreben. Die Vorstellung wurde durch königliche Resolution in Uebereinstimmung mit dem Vorschlag der norwegischen der schwedischen Regierung überant.

Rom, 12. Oktober. (B. G.) In einer in Vorbereitung befindlichen Encyclica wird der Paph alle Staaten auffordert, die fortwährenden Rüstungen einzustellen und dafür die Religion im Volke besser zu verbreiten.

Ranea, 12. Oktober. (B. G.) In der muslimänischen Bevölkerung herrscht grobe Erregung infolge des jetzt eingetroffenen Befehls des Sultans, wonach in der nächsten Woche mit der Räumung Aretas von den türkischen Truppen begonnen werden soll. Da der Ausbruch neuer Massakres nicht unwahrscheinlich ist, so treffen die Admirale weitgehende Vorsichtsmaßregeln.

Ranea, 12. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Auf die Antwort der Pforte, daß sie in die Zurückziehung der Truppen unter der Bedingung einwillige, eine genügende Besatzung auf der Insel belassen zu dürfen, erwiderten die Admirale, ihre Regierungen müßten, da dies ein zu dehnbarer Begriff sei, mit Rücksicht auf die in Candia gemachten Erfahrungen auf dem Verlangen einer völligen Entfernung der türkischen Truppen von der Insel beharren. Was die Entsendung von Soldaten anlangt, welche den Abmarsch der Truppen hier leisten sollen, so beschloßen die Admirale, deren Landung nicht zu gestatten, um neue Schwierigkeiten und Verhandlungen zu vermeiden. Da die Pforte keinerlei Andeutung über die Abreise ihrer Zivilbeamten gemacht hat, so beantragten die Admirale bei ihren Regierungen, die Zustimmung der Pforte dazu als vollendete Thatsache anzusehen.

New-York, 11. Oktober. (Frankf. Ztg.) Eine geologische Expedition entdeckte am Eulshimal in Alaska einen Bergriesen, der höher als der St. Eliasberg ist. (Der St. Eliasberg in Alaska ist 4563 Meter hoch.)

Lokales.

Andereruführung — Rekruteneinstellung, das sind die beiden Ereignisse, welche zur Zeit auch solche Bevölkerungsschichten betreffen, die den großen weltbewegenden Interessenfragen vielfach noch gleichgültig gegenüberstehen. Der erste Schritt in die Schule wird von dem jungen Menschenkind gar oft mit bangem Herzklopfen gethan; manchmal ereignet es sich allerdings auch in der besten der Welten, daß das sechsjährige Proletariatskinder schon ein hartes Stück aus der Schule des Lebens hinter sich hat, daß es in Hunger und Kummer, mit dem Brotbeutel oder der Zeitung unter dem Arm, auf die Straße gekommen, selbst dem gestrengen Herrn Lehrer, mit einem, wir möchten fast sagen gereiften Blick vor die Augen tritt. Aber selbst unter der drückendsten Noth wird gar bald der Segen der Schule den Kindern wie den Eltern offenbar, trotz der Mädelerei und Pfläfferei, die ihr anhaftet, und trotz des relativ geringen Wissens, das das Kind in achthjähriger Schuldauer in sich aufnehmen lernt.

Wie ganz anders ist die Wirkung, die das Soldatenleben auf den Wöhrligen Staatsbürger ausübt. Die Schulzeit ist zu Ende gegangen, mit Mühe und Noth haben die Eltern es dahin gebracht, daß der Junge einen Beruf erlernte. Kaum hat der Jüngling sich so weit in sein Handwerk hineingearbeitet, daß er ein wenig aus Aufatmen denken kann, so reißt ihn der Klassenstaat aus seinem Erwerbseben heraus. Wir wählen dies Wort mit Vorbedacht, weil das Bewußtsein, daß durch den Militärdienst der ganzen Volksgenossenschaft ein notwendiges Opfer gebracht werde, gerade unter der heranwachsenden Jugend mehr und mehr ins Schwanken kommen muß zu einer Zeit, wo bei jeder Gelegenheit auf die Bekämpfung des inneren Feindes hingewiesen und den jungen Männern sogar die Möglichkeit vorgemalt wird, auf Vater und Mutter zu schießen.

Gebietet somit die zunehmende Erkenntnis den sogenannten niederen Bevölkerungsschichten, daß sie der Schule bei aller Vernachlässigung, die sie von oben erfährt, immer mehr Interesse entgegenbringen, so ist es gleichfalls eine in der Natur der Dinge liegende Nothwendigkeit, daß das Militärwesen trotz der umfassenden Förderung von oben im arbeitenden Volke immer mehr an Sympathien verliert.

Segen die Wahl der Gewerbegerichts-Arbeitgeber. Weisiger im 42. Kommunal-Wahlbezirk ist von den dortigen Gewerbetreibenden Protest eingelegt worden. Begründet wird derselbe dadurch, daß sieben Innungsmitglieder erwählt haben. Des weiteren haben einige 30 Werbesteuern das Wahlrecht ausgeübt, ohne daß eine Prüfung stattgefunden hat, ob dieselben auch ein Einkommen von mehr als 2000 M. haben.

Um Abänderung des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 petitionirt der „Verband der Gast- und Schankwirthe für Berlin und Umgegend“ beim Abgeordnetenhaus. Dieses Gesetz bestimmt, daß die Betriebssteuer in einer Summe für das ganze Jahr bezahlt werden muß. Tritt nun, was häufig geschieht, im Laufe des Jahres ein ein- oder mehrmaliger Besitzwechsel ein, so ist für jeden einzelnen Fall die volle Jahres-Betriebssteuer zu zahlen, wodurch letztere nach Ansicht der Wirthe den Charakter einer reinen Konfessionssteuer annimmt. Die Petenten bitten daher, eine Abänderung des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 in der Richtung herbeizuführen, daß die Betriebssteuer als reine Objektsteuer im Falle des Besitzwechsels einer Gast- oder Schankwirtschaft für das Steuerjahr, innerhalb dessen der Besitzwechsel sich vollzieht, nur einmal erhoben werde, und dann in Vierteljahresraten.

Revolutionäre Vorkämpfer. Der Schweinburg hat Auftrag erhalten, folgendes zu schreiben: „Nach dem Erkenntnis des Ober-Verwaltungsgerichts vom 9. Juli 1898 charakterisirt sich die von der Stadtverordneten-Versammlung Berlins beschlossene Erhebung für die Märzgefallenen als eine Erhebung revolutionärer Thaten und somit als eine Erhebung der Revolution selbst. Es wird keinem Zweifel unterliegen, daß in einer solchen Verherrlichung der Revolution ein Schaden für das Gemeinwohl zu erkennen sein würde. Wie der schon von dem Magistrat zu den Alten gelegte Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung auf Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen beweist, kann auch eine Verherrlichung der Revolution sehr wohl in einer baulichen Anlage beabsichtigt werden, und es würde daher nach dem geltenden Baurecht sowohl das Recht als die Pflicht der Polizei sein, einem Bauvorhaben, das sich als zu Ehren der Märzgefallenen, also zur Verherrlichung der Revolution, bestimmt erweist und daher dem Gemeinwohl zum Schaden gereicht, entgegenzutreten.“

Es wäre zum Lachen, wenn die Sache nicht derart läge, daß die Urheber der Schweinburgerien auch dem Ruhigsten die Scham- und Hornestöße ins Gesicht trieben!

Von den Droschkentischern, welche alltäglich zahlreich am Stettiner Bahnhof zu den ankommenden Zügen aufstellung nehmen und zur Disposition der Reisenden stehen müssen, wird es von jeher als ein schwerer Uebelstand empfunden, daß für sie keine öffentliche Bedürfnisanstalt vorhanden ist, daß sie vielmehr in Kothfäcken gezwungen sind, die privaten Notanden in Anspruch zu nehmen oder aber eine Gastwirtschaft aufzusuchen, was in beiden Fällen mit Geldlofen für die Auscher verknüpft ist. Der Vorstand des Vereins Berliner Droschkentischer hatte daher Veranlassung genommen, an die Behörde eine Petition zu richten, in welcher um Aufhebung des für die Droschkentischer bestehenden strengen Verbots, die entsprechenden, im Bahnhofgebäude befindlichen Anstalten zu benutzen, gebeten wurde. Diese dringende Eingabe hat die Eisenbahnbehörde wie folgt beantwortet: „In Verantwortung Ihres Schreibens wird Ihnen ergebnis mitgeteilt, daß die Aborte in dem diesseitigen Bahnhofgebäude lediglich für die die Bahn benutzenden Fahrgäste und für die diesseitigen Beamten bestimmt sind. Die Aborte noch weiteren, der Bahn fernstehenden Kreisen zugänglich zu machen, würde zu Unzuträglichkeiten führen. Ihrem Antrage kann daher keine Folge gegeben werden. Es wird bemerkt, daß sowohl auf dem Vorplatz der Anstaltsseite als auch auf der Abfahrtsseite des Stettiner Bahnhofes Bedürfnisanstalten vorhanden sind.“ Es sind dies private Anstalten, die nur gegen Bezahlung benutzbar sind. Die Droschkentischer wollen nun weiter ihr Ziel verfolgen.

Vom wahnwitzigen Pariser. In der „Staatsb.-Zeitung“ lesen wir: „Im Anschluß an unsere Mitteilung, daß das Strafverfahren gegen den Geldmann Heinrich Pariser wegen Geisteskrankheit des Angeklagten eingestellt sei, bringt das „Deutsche Volksblatt“ eine Reihe von Betrachtungen und geschichtlichen Erinnerungen. Das genannte Blatt ist über die plötzliche Geisteskrankheit Pariser's erannt, weil eine Anzahl Details aus seinem Leben nicht auf Geisteskrankheit schließen lassen. Auch Oesterreich habe der Berliner Hofnarrscher mit seiner Gegenwart beglückt. Noch vor kurzem habe er sich in Jschl befunden, wo man dem „Unglücklichen“ täglich auf der Esplanade begegnen konnte. Dabei habe er sich, der „Wahnwitzige“, über seinen „bevorstehenden“ Prozeß in der allgütigen Weise luftig gemacht, und er wußte wohl, warum! „Die Verhandlung gegen den jüdischen Wucherer“, so heißt es weiter, „war zu wiederholten Malen anderaumt worden, allein stets mußte sie vertagt werden; denn es stellte sich stets heraus, daß die vom Staatsanwalt geführten Belastungszeugen nicht erschienen waren, sie hatten ein jeder — Krankeitszeugnisse eingehend. Dieses Schauspiel wiederholte sich etliche Male, bis schließlich eines Tages ungeachtet der nicht erschienenen Zeugen — dennoch in die Verhandlung eingegangen wurde. Freilich war dieselbe sehr kurz. Nach Erledigung der üblichen Vorfragen und nachdem Pariser sich bis dahin der gegen ihn erhobenen Anklage gegenüber sehr in Jühl verhalten, richtete der Präsident an den Delinquenten nun eine einzige Frage, und zwar: Präsident: „Aber, Herr Pariser, haben Sie sich denn auch immer überzeugt, ob die Herren, die Geld von Ihnen wollten und denen Sie ja hohe Zinsen abnahmen, sich nicht in einer Kothlauge befanden?“ Pariser: „Herr

Präsident, das ging bei meinem Geschäft nicht. Ich konnte mir nicht den Wucherparagrafen vornehmen und nach dessen Inhalt fragen: „Königliche Hoheit, sind Sie vielleicht in einer Kothlauge oder sind Sie unerfahren oder sind Sie leichtsinnig? Wer würde sich denn das gefallen lassen?“ — Tableau!... Unmittelbar darauf wurde die Verhandlung ausgesetzt, da sich das persönliche Erscheinen eines erkrankten Zeugen als nothwendig erwies. Eine öffentliche Verhandlung in der Sache hat seither nicht mehr stattgefunden. Jetzt ist der biedere Pariser gar noch übergeschnappt!“

Wäsche mit Petroleum. Der Generalstabsarzt Dr. Coler-Berlin hat an die Vorstände der Garnisonlazarethe in einem Rundschreiben auf eine Reinigungsart der Bettwäsche hingewiesen, welche, nachdem eingehende Versuche die Methode als vorthellhaft erwiesen haben, in Zukunft möglichst zur Anwendung gebracht werden soll. Diese Methode besteht darin, daß dem Wasser außer Seife und Soda noch Petroleum hinzugefügt wird und zwar so viel Gramm, als Liter Wasser zur Verwendung kommen, sodas beispielsweise auf 30 Liter Wasser 30 Gramm Petroleum zu nehmen sein würden. Durch diesen Zusatz von Petroleum wird nicht nur eine leichtere Reinigung und Schonung der Wäsche erzielt, sondern auch erreicht, daß dieselbe ihre Farbe behält und außerdem gründlich desinficirt wird. Ferner werden die Wäsche-Reinigungskosten durch die Ersparnis an Seife vermindert. Erfahrenen Wäscherinnen ist die hier empfohlene Reinigungsmethode schon seit langem bekannt.

Fortbildungsschule. Freitag, den 14. Oktober, wird in der 4. Fortbildungsschule für Jünglinge, Heinersdorferstr. 18, infolge starken Andranges wieder ein neuer Kursus im Englischen eröffnet.

Der Unterricht erfolgt Dienstags und Freitags von 7—9 Uhr und beginnt sofort mit Englisch-Sprechen, dem äußerst billige Fibel und Lesebücher, wie sie in der englischen Schule benutzt werden, zu grunde liegen. Das Unterrichtshonorar beträgt nur 4 M. pro Halbjahr. Anmeldungen, auch schriftliche, nimmt noch täglich Rektor Lugenberger, Heinersdorferstr. 18, entgegen.

In dem am Dienstag gebrachten Bericht über das Feuer im Hause Potsdamerstraße 22 sendet uns der dort wohnende Herr F. L. Garnisch folgende Mittheilung: „1. lagerten auf meinem Boden keine Chemikalien, sondern einige wenige Kräuter, Kisten und Geschäftseinrichtungstheile, die nicht fäcker brennen, wie das auf meinen Nachbarröden als Wintervorrath angehäufte Brennmaterial; 2. hat das Feuer in meinem Hause erst ca. 1 Stunde nach Beginn des Feuers im Nebenhause mit heller Flamme gebrannt, was man jedenfalls nicht eine allzu schnelle Verbreitung des Feuers nennen kann.“

Die hier wohnenden Parteigenossen aus dem Wahlkreise Wittenberg-Schweinig werden ersucht, heute abends 8 Uhr in der Versammlung bei Jubel, Lindenstr. 106 zu erscheinen, desgleichen die Parteigenossen aus dem Kreise Torgau-Liebenwerda.

J. A.: P. Grohmann, Rollendorferstr. 27.

Sonderbare Vorbereitungen hat die Verkäuferin Anna Gaidow getroffen, um sich das Leben zu nehmen. Das Mädchen trat einige Tage vor dem 1. Oktober in die Dienste eines Bäckereimeisters in der Aufmarschstraße und blieb zur Ausbildung kurze Zeit im Hauptgeschäft, um am 1. d. M. die Leitung einer Nebenstelle in der Schulstraße 8 zu übernehmen. Nachdem sie hier bis zum Montag geschaltet hatte, gab die neue Verkäuferin ihrem Dienstherrn kund, daß sie am nächsten Tage nach Roabit müsse, um sich wegen Körperverletzung zu verantworten. Als der Meister morgens früh kam, um dem Zweiggeschäft frische Waare zu bringen, war er nicht wenig überrascht, daß der Laden geschlossen und der Schlüssel vor der Thür lag. Auf dem Ladentisch aber fand er einen Zettel, auf dem die Verkäuferin ihm mittheilte, daß sie zu dem Termin erst gar nicht hingehen, sondern sich das Leben nehmen werde. Den Meister erschütterte diese Mittheilung, bis er bald darauf fand, daß die Lebensmüde auch keine Lebenslose in der Tod mitgenommen hatte. Als er später seiner Frau diese Ereignisse mittheilte, nahm diese Veranlassung, auch in ihren Verhältnissen einmal nachzugehen. Nun stellte sich heraus, daß auch hier 150 M. fehlten, die beim Dienstantritt der neuen Verkäuferin noch vorhanden gewesen waren. Die „Lebensmüde“ hat außerdem auch ihre sämtlichen Sachen, die sie im Zweiggeschäft hatte, mitgenommen. Bis jetzt hat man noch keine Spur von ihr wiedergefunden.

Wieder eine kleine Fremde für die Arbeiterfelde. Der amtliche Polizeibericht meldet: Wit den Worten: „Es lebe die Anarchie“, unarmte gestern Nachmittag an der Ecke der Hühner-Sträßerstraße der Kommissar Karl Jagmann die Modistin Anna Kasper und brachte ihr gleichzeitig mit einem Taschenmesser einen Stich in den Hinterkopf bei. Der Thäter wurde verhaftet.

Von anderer Seite wird berichtet, daß Jachmann entschieden leugnet, den anarchistischen Auf ausgestoßen zu haben. Er habe vor dem Hause auf seine Frau gewartet. Da er sich mit ihr veruneinigt hätte, hätte er ihr den Stich verziehen wollen.

Auf dem Wege nach der Irrenanstalt ist vorgestern der 30 Jahre alte geisteskranke Arbeiter Neumann aus der Mittenwalderstraße 3 entlaufen. Neumann war 6 Jahre lang in der Anstalt zu Dalldorf, wurde aber auf unbestimmte Zeit beurlaubt, weil er nicht gemeingefährlich zu sein schien. Vorgestern wollte ihn seine Mutter nach Dalldorf zurückbringen. Er fuhr auch ruhig bis zum Wedding nach. Dann aber machte er plötzlich ein unheimliches Gesicht, rollte die Augen, sprang vom Pferdewagen und lief davon. Bis gestern Abend hatte man ihn noch nicht wieder ermittelt.

Das Polizeipräsidium bringt zur öffentlichen Kenntniß, daß auf dem Grundstück Prinzenallee 13 die Geflügelcholera ausgebrochen ist.

Vermist wird seit Sonnabend der 22-jährige Kaufmann Wilhelm Heuser. Er verließ die elterliche Wohnung Langestr. 81 gegen 10 Uhr morgens, um sich nach dem Geschäft zu begeben und ist seitdem verschwunden. Bekleidet war er mit schwarzem Rock, schwarzer Hose, heller Weste, hellem Sommerüberzieher und schwarzem, steifen Hut. Nachrichten an obige Adresse erbeten.

Die Grimmstraße von der Diebstahlsstraße bis zur Admiralbrücke einschließlich des Kreuzdamms wird behufs Impflasterung vom 12. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrwege und Reiter gesperrt.

In dem Unglücksfall auf dem Ostbahnhof, über den wir gestern berichteten, erhalten wir eine Mitteilung, in der besonders gerügt wird, daß im Eisenbahndienst anscheinend niemand zu Samariterdiensten ausgebildet ist. So kommt es, daß bei Unglücksfällen nie ausreichende Hilfe sofort zur Stelle ist. Gestern ließ man sogar, statt einem Arzt herbeizurufen, den Verunglückten in einen Tragkorb legen, damit er erst zum Arzt gebracht werde. Es ist an der Zeit, daß auch im Reiche des Herrn Thielen zum Schutze des Menschenlebens na Kräften fürsorge getroffen werde.

Das Chromoskop, ein neuer Apparat zur Herstellung von Photographien in natürlichen Farben, der auf der Naturforscher-Versammlung in Düsseldorf das größte Interesse erregte, wurde am Montag auf der Treptow-Sternwarte einem geladenen Publikum vorgeführt. Es handelt sich bei diesem von dem Engländer Joes erfundenen Apparat um eine weitere Ausbildung des sogenannten Dreifarbendrucks, eine Ausbildung freilich, die eine photographische Vervielfältigung der Bilder zuläßt und jedem Photographen auf die leichteste Weise gestattet, mit geringen Modifikationen an seinem Apparat die Gegenstände in ihren natürlichen Farben aufzunehmen. Es werden von einem Gegenstand drei Aufnahmen gemacht, wobei für jede derselben andere Lichtstrahlen zur Wirkung kommen. Man läßt das weiße Licht durch ein rothes resp. grünes und

violettes Glas gehen, wodurch die drei verschiedenen Negative entstehen, von denen man nun beliebig viele Diapositive herstellen kann.

Eine zusammengehörige Gruppe von drei solchen Diapositiven wird durch den Projektionsapparat auf ein und dieselbe Stelle der Leinwand hingeworfen, wobei auch wieder jedes der drei Bilder in analoger Weise von violetten resp. grünen und rothen Strahlen beleuchtet wird. Dadurch kommt in ganz überraschender Weise der Anblick der Körperfarben zum Vorschein.

Feuerbericht. Ein größerer Zimmerbrand, der eine werthvolle Wohnungseinrichtung zerstörte, war Dienstag Abend 11 Uhr von der Seydstr. 17 mit einem Nothre abzulösen. Schliemannstr. 24 brannten Lumpen und der Fußboden, auch wurde das Haus erheblich beschädigt. Panstr. 31 entstand in einer im Keller belegenen Tapezierwerkstatt ein Brand, der infolge starker Verqualmung der Wehr viel zu schaffen machte und mit einem Nothre abgelöscht werden mußte. Kreuzbergstraße 76 hatte sich die Schalbede über der Hängelampe entzündet, während Kreuzstraße 25 in einer Tischlerei ein Posten Hobelspäne in Flamme aufging. Möbel wurden Petersburgerstraße 11 vom Feuer beschädigt, das aber schnell beseitigt werden konnte.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Schöneberg! Der Parteigenosse, welcher anlässlich der Stadtverordnetenwahlen an Unterzeichneten einen Brief richtete, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. S. Schubert.

Aus Spandau wird berichtet: Recht bezeichnend für die Auffassung, welche bürgerliche Richter den Bestrebungen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage entgegen bringen, ist folgender Auszug aus dem Urtheil eines preussischen Schöffengerichts, durch welches zwei Zimmerer vor einiger Zeit wegen „Verdrohung“ einiger Schüllinge unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaft zu drei Monaten beziehungsweise sechs Wochen Gefängnis verurtheilt worden sind. Es heißt in diesem Urtheil:

„Bei der Strafzumessung wurde vom Gericht die Frivolität der Handlungsweise der Angeklagten in Erwägung gezogen, die sich darin zeigt, daß sie den fleißigen Arbeiter, dem der Lohn, mit dem er seine Familie erhalten kann, genügt, erlich durch ihre Bestrebungen mit seiner Lage unzufrieden machen (!!) — und dann sogar durch Drohungen oder Verurtheilungen zwingen, seinen sicheren Erwerb im Interesse einer großen, nicht zufriednen zu stellenden Masse von Arbeitern aufzugeben und so seine Familie der Noth und dem Elend auszusetzen.“ Darf man sich bei solcher Auffassung noch überhaupt wundern, wenn das Wort: „Die schwerste Strafe dem, der seine Nebenmenschen an freiwilliger Arbeit hindert“, einzig und allein gegen die Arbeiter angewandt wird und zwar so ausgiebig, daß es auf diese alle Tage jahrelange Gefängnisstrafe herunterhängt? Demgegenüber bedarf es nur eines Hinweises auf die wirkliche Frivolität und Ungeuertheit, mit welcher die Arbeitgeber hunderte von Arbeitern ganz willkürlich auf das Pfahler werfen und diese so bewußt an „freiwilliger“ Arbeit hindern, einzig zu dem Zweck, die fargen Löhne der Arbeiter zu kürzen und ihnen das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht zu rauben. Nach dem zu ungunsten der ausgeheperten Bauarbeiter in Spandau verlaufenen Streik geht diese Rücksichtslosigkeit der Unternehmer so weit, daß sie frank und frei erklären, der oder jener Arbeiter, der gerne Arbeit nehmen will, erhält in Spandau keine Arbeit mehr, weil er in der Organisation einen Posten bekleidet oder sich am Streik theilhaftig hat. Der Obermeister der Innung, Baumeister Perrin, versendet an die Innungsmitglieder in Spandau ein Zirkular, in welchem alle diese Arbeiter namentlich aufgeführt und einzelne noch ganz besonders kenntlich gemacht sind, mit dem ausgesprochenen Zweck, diese Arbeiter an ihrer „freiwilligen Arbeit“ zu hindern! In ein Zimmerer, der erst vor einigen Stunden bei dem Zimmermeister Sambach in Arbeit getreten war, und der auch auf der schwarzen Liste steht, wurde schon am Abend wieder entlassen, mit dem offerberzigen Bemerkten, er könne laut Beschluß der Arbeitgeber nicht weiter beschäftigt werden. Diese und zahlreiche andere Fälle sind so klar und offen vorgekommen und verstoßen so offenbar gegen das Gesetz, daß die theilhaftigen Arbeiter der Staatsanwaltschaft Gelegenheit zum Einschreiten gegen die Gesetzesverleher geben wollen, um so einmal das Wort von der schwersten Strafe an den Arbeitgebern zu erproben.

Für Ordnung, Religion und Sitte. Die Stadtverwaltung von Spandau hat dem Verlangen der Aufsichtsbehörde nach Vermehrung der Polizeikräfte am Ort keine Folge gegeben. Der Magistrat will aber einige Sicherheitsbeamte veritten machen; im übrigen sind die Ordnungshüter heute schon außer mit dem Seitengewehr noch mit einem scharf geladenen sechsläufigen Revolver bewaffnet. Was will die Aufsichtsbehörde mehr?

Die Schulheiß-Brauerei-Aktien-Gesellschaft hat, wie der „Konfessionär“ meldet, die in Rieder-Schöneweide gelegene Gewald'sche, frühere Borussia-Brauerei nebst anliegenden größeren Terrain erworben. Von dort aus soll hauptsächlich das Bierexportgeschäft betrieben werden und ein großes Sommerlokal eingerichtet werden.

Im Grunewald erhängt aufgefunden worden ist der Malermeister Wianke aus der Hoffmannstr. 37. Seit mehr als einem Jahre führte er einen Rechtsstreit mit einem Baunternehmer aus Steglitz. Dieser Prozeß, der immer noch kein Ende nehmen wollte, scheint ihn in den Tod getrieben zu haben.

Gerichts-Beilage.

Soziale Uebelstände in der Konfektionsbranche. Mit einer glänzenden Freisprechung unseres verantwortlichen Redakteurs August Jacoby endete die Privatklage des Herrn Heinrich Maurer, Direktors an der „Berliner Zuschneide-Akademie“ am Alexanderplatz, die gestern vor der 148. Abtheilung des Amtsgerichts I zur Verhandlung stand. In der Nr. 120 des „Vorwärts“ vom 25. Mai d. J. übernahm der Angeklagte einen Versammlungsbericht des „Vereins der Wäsche- und Kravattenbranche“, worin unter anderem folgendes ausgeführt wurde: „Im Verschiedenen wurde auf die an Schwindel grenzenden Manipulationen einiger sogenannter Zuschneide-Akademien hingewiesen, welche den jungen Leuten das Lehrgeld abnehmen, eine Ausbildung aber nicht geben können, da sie kein Material dazu haben. Als hervorragende auf diesem neuen Gebiete der Ausbeutungsmethode zeigte sich unter anderen auch die Zuschneide-Akademie von Maurer, Alexanderplatz.“ Die hier gebrachten Worte sind unter Anklage gestellt. In den, in verschiedenen hiesigen Zeitungen erschienenen Annoncen wird die Maurer'sche Schneider-Akademie als die größte und bedeutendste Fachlehranstalt der Welt hingestellt, die ganz neue Mode wandelt. „Das“ Zuschneiden werde den Schülern beigebracht und ihnen auch besonders eine praktische Ausbildung gegeben, da es der theoretische Unterricht allein nicht thue. Nach absolvoitem Kursum würden sie daraufhin eine Stellung bekommen u. s. w. Die event. Schüler erhielten dann noch von dem Kläger Prospekt, die als Anhang Dankschreiben und Reklamen enthielten. Der Preis für einen Kursus im Wäschezuschnitten (darum handelte es sich allein in jener Versammlung und dem inkriminirten Bericht) betrug je nach der Dauer 45—500 M. 45 M. war nach Angabe der Prospekt der niedrigste Satz, doch wurde auch bis auf 20 M. heruntergegangen (welchen Mindestsatz auch die Annoncen angaben). Der Beklagte erbot sich, den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß die Reklamen in keinem Ver-

Hält sich zu dem Standen, was den Schülern geboten wurde, daß vielmehr das, was sie in der Maurerischen Akademie lernten, für die Schüler zum praktischen Fortkommen wertlos war. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt D o s s i g a n g H e i n e, hatte zu diesem Zwecke mehrere Zeugen, ehemalige Schüler der Akademie, laden lassen, die seine Behauptungen voll und ganz bestätigten. Die Behauptungen haben praktischen Nutzen nicht erhalten; sie mußten fast durchweg nur zeichnen; der Rufus des einen sollte nur 14 Tage dauern, ein anderer mußte für einen Monatskursus — bei täglich 6 Stunden Arbeit — 50 M. bezahlen; ihm war bei der Aufnahme gesagt worden, daß er nach Vollendung des Rufus ein perfekter Wäschekonfektionär sein würde und daß er dann eine Stellung erhalten würde. Er hat aber ebenfalls nur zeichnen müssen; erst in den letzten Tagen schnitt er mit der Schere aus Papier und manchmal auch aus Stoff aus. Daß in Konfektionsgeschäften: Ach, Sie sind bei M. gewesen, das hat für uns keinen Wert, oder: „Ja, Papierknäuel, das akademische Vornamen hat gar keinen Wert.“ Ach, Sie sind bei M. gewesen, das hat für uns keinen Wert, oder: „Ja, Papierknäuel, das akademische Vornamen hat gar keinen Wert.“ Ach, Sie sind bei M. gewesen, das hat für uns keinen Wert, oder: „Ja, Papierknäuel, das akademische Vornamen hat gar keinen Wert.“

Ein Rencontre unseres Parteigenossen Fritz Jubel mit einem Polizeileutnant gelegentlich einer Verurteilung beschäftigte gestern die dritte Strafkammer am Landgericht II. Am 1. Mai d. J. der bekanntlich auf einen Sonntag fiel, sollte nachmittags 8 Uhr vom Hause Wismarstraße 77 in Charlottenburg die Verurteilung des Zimmermanns V a r t h e l erfolgen. Die Polizeidirektion von Charlottenburg hatte die Genehmigung erteilt, daß der Leichenzug mit Musik durch die Straßen ziehen konnte. Dagegen war verboten worden, daß rote Schleifen an Kränzen u. d. d. verhängt durch die Straßen getragen würden. Letzteres Verbot war neu. Bisher war es dem Leichenzuge stets unbenommen geblieben, Kränze mit roten Schleifen offen zu tragen. Namens der Reichstags-Fraktion nahm Gen. Jubel an der Verurteilung teil, um einen Kranz, der natürlich eine rote Schleife trug, auf dem Grabe des Verstorbenen niederzulegen. Da rote Schleifen bisher stets unbenutzt geblieben waren, ließ Jubel die Schleife unverhängt, weil er annahm, daß es sich nur um die eigenmächtige Anordnung eines Polizei-Organs handelte. Während sich der Zug vor dem Hause ordnete, stand Jubel mit dem Kranze seitwärts auf dem Trottoir. Polizeileutnant H e n z e verlangte schon hier die Umhängung der Schleife, was Jubel ablehnte. Ein Gummimann erhielt daher Order, den Jubel aus dem Zuge zu weisen, falls dieser die Schleife offen trage. Der Gummimann kam aber nicht dazu, denn kaum hatte sich Jubel dem Zuge eingereiht, so sah der Leutnant nach dem Kranze und rief auch den Träger desselben mit aus dem Glicke. Nun entstand ein großer Tumult, der Leutnant wurde von allen Seiten umringt und die Situation schien dem Leutnant so bedrohlich, daß er von der Waffe Gebrauch machen wollte. Da trat Jubel beschwichtigend dazwischen und sagte zu seinen Begleitern wie auch zum Leutnant: „Das ist eine Gefühlsregung, das ist eine Gefühlsregung! Laßt Euch nicht hinführen, wir machen das an anderer Stelle geltend. Das kostet den Leutnant den Kranz!“ Auf Grund dieses Tatbestandes verurteilte das Charlottenburger Schöffengericht den Angeklagten Jubel wegen Verleumdung des Polizeileutnants Henze zu 150 M. Geldstrafe, und da die Verleumdung eine öffentliche war, so wurde dem Verleumdeten auch die Publikationsbefugnis zugesprochen. Wegen dieses Urteils wurde von beiden Seiten Berufung eingelegt. Die Staatsanwaltschaft verlangte in ihrer Berufungs- und Revisionsinstanz, daß Jubel auch noch besonders wegen Verleumdung der Polizeidirektion bestraft werde. Der Angeklagte blieb auch vor der zweiten Instanz dabei, daß er nicht gewillt habe, daß die Polizeidirektion eine neue Anordnung getroffen. Er habe sich in dem guten Glauben befunden, daß es sich um eine eigenmächtige Anordnung des Leutnants handelte. Staatsanwaltschaftlich schloß die Verleumdung der Polizeidirektion nicht aufrecht, doch beantragte er eine höhere Strafe und zwar vier Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt H e r z f e l d, plaidierte für die Annahme, daß der Angeklagte sich in gutem Glauben befand. Das Verhalten des Leutnants verdiene kaum eine andere Bezeichnung als die angewendete. Dem Angeklagten stehe auch der Satz des § 193 zur Seite, denn derselbe sei Reichstags-Abgeordneter, anßerdem seien die Worte in begrifflicher Erregung gefallen. Man brauche nicht anzunehmen, daß wenn Sozialdemokraten mit roten Schleifen erschienen, sofort auch ein großer Aufruhr eintreffe, im Gegenteil, bei solchen Verurteilungen gehe es stets sehr ruhig und würdig zu, dagegen mache die Polizei die Aufläufe. Der Gerichtshof verwarf beide Berufungen. Der § 193 stehe dem Angeklagten in diesem Falle nicht zur Seite. Er wußte, daß das Verbot ergangen war, er hätte sich daher fügen müssen. Da die Handlung aber in der Erregung geschehen sei, werde eine Gefängnisstrafe nicht verhängt, dagegen müsse die vom ersten Richter gewählte Strafe als angemessen achtet werden.

Wie man Streikbrecher „bedrohen“ kann. In eigenartiger Weise sollte sich der Maurer Hermann Lindenberg zweier Vergehen gegen § 133 der Gewerbe-Ordnung schuldig gemacht haben. Im Herbst v. J. waren auf einem Neubau des Maurermeisters F l e m m i n g in Stogly zwei Reulinge eingestellt worden, die aber wegen angeblicher Leistungsunfähigkeit bald wieder entlassen wurden. Die anderen Maurer waren der Meinung, daß die Entlassung unbegründet sei und verhängten die Sperre über den Bau. Für die streikenden Maurer traten aber alsbald Streikbrecher ein, doch schloß sich diesem Wege sicher und mußten von und zur Arbeit durch Polizeibeamte begleitet werden. Eines Abends fuhr nun Lindenberg von der Arbeit heim. Er sah mit dem Maurer K a d a u in einem Abteil des Bahnhofs und unterließ sich mit demselben über die Sperre und über die Streikbrecher. Dabei machte er die Bemerkung: „Die müßten sich schämen, freie Maurer zu sein! Freie Maurer lassen sich nicht von der Polizei zur Arbeit führen!“ Im nächsten Wagenabteil sahen aber mehrere Streikbrecher, die natürlich die Äußerung hörten, sich darüber gewaltig entrüsteten und Anzeige erstatteten. Der zweite Fall betraf eine Verammlung der Streikenden, die Mitte Dezember stattfand. Lindenberg führte den Vorsitz. Es war bereits beschlossen, daß am 16. Dezember eine Kommission mit dem Meister unterhandeln, daß die entlassenen beiden Reulinge vor dieser Kommission eine Probearbeit machen und daß dann am 21. Dezember die Sperre aufgehoben werden solle. Am Schluß der Verammlung hat der Vorsitzende die Versicherung gethan, daß die Maurer aus Stogly und Umgebung nicht auf dem betreffenden Neubau arbeiten sollten, sonst würde man ihnen die Streikarten abnehmen und sie als Streikbrecher behandeln. In diesen beiden Vorfällen erklärte

der Staatsanwalt eine Verletzung des § 158 der Gewerbe-Ordnung und beantragte sechs Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof (zweite Strafkammer am Landgericht II) schloß sich aber den Ausführungen des Verteidigers Rechtsanwalt H e r z f e l d an, daß im ersten Falle jede Einwirkung auf andere fehle, da der Angeklagte nicht wissen konnte, daß im Nebenabteil Maurer saßen, welche die Stellen der Streikenden ausfüllen. Ebensoviele sei im zweiten Falle eine Einwirkung auf andere erwiesen, da die Verurteilung des Streiks bereits beschlossen war. Es wurde daher auf Freisprechung erkannt.

Eine für alle Arbeiterinnen wichtige Entscheidung hat das Kammergericht in seiner letzten Sitzung gefällt. In einer Gemeinde Oberhessens besitzt der Hiesig-Dunder'sche Gewerbeverein der Maschinenbauer eine Mühle, die den englischen Maschinenbauern gelegentlich ihres großen Streiks Unterstützungsgelder überwieß. Als der zuständige Amtsvorsteher davon hörte, gerieth er in große Aufregung. Der einfache Beweis solldarischer Pflichterfüllung ließ ihn den Gewerbeverein in sozialrevolutionärem Licht erscheinen. Um aber in seiner Beurteilung des Vereins ganz genau zu gehen, wandte er sich an den Vorsitzenden Macilowitsch mit dem Ersuchen, ihm das Originalmitgliederverzeichnis einzureichen. M. verweigerte ihm dies und betonte, er brauche der Polizei höchstens eine Abschrift des Originalverzeichnisses zu unterbreiten. Der Amtsvorsteher bestand jedoch auf seinem Verlangen und machte geltend, er brauche das Originalverzeichnis, um daraus zu ersehen, ob der Verein sozialdemokratische Tendenzen verfolge. Macilowitsch hielt seine Weigerung aufrecht, worauf er ein Strafmandat wegen Vergehens gegen den § 2 des Vereinsgesetzes erhielt. Er beantragte dann richterliche Entscheidung und das Schöffengericht sprach ihn aus. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und führte aus, nach § 2 des Vereinsgesetzes seien die Vorsteher von Vereinen, die auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecken, verpflichtet, den Orts-Polizeibehörden auf Verlangen jede aus dem Mitgliederbestand und das Statut bezügliche Auskunft zu erteilen. Diese Bestimmung schließe die Verpflichtung in sich, eventuell auch das Originalverzeichnis einzureichen, damit die Behörde es mit den ihr gemachten Angaben vergleichen könne. Im vorliegenden Falle komme hinzu, daß der Amtsvorsteher gennutzmacht habe, der Verein verfolge sozialdemokratische Tendenzen. Da sei sein Verlangen besonders berechtigt gewesen. Das Landgericht sprach indessen den Angeklagten ebenfalls frei und das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit der Begründung, daß die Polizei auf Grund des § 2 des Vereinsgesetzes nicht das Originalverzeichnis der Mitglieder verlangen könne und daß die Uebergabe einer Abschrift genüge.

Die für Pommeru erlassene Verordnungs-Verordnung vom 9. Dezember 1895 und die Regierungs-Polizeiverordnung vom 10. März 1896 sollte der Parteigenosse Storch in Stettin übertreten haben. Man warf ihm vor, er habe für einen Sonnabend eine öffentliche Tanzveranstaltung veranstaltet, die bis über Mitternacht hinaus gedauert habe, während § 12 Absatz III der Oberpräsidial-Verordnung vom 9. Dezember 1895 vorschreibe, daß solche Lustveranstaltungen an Sonntagen nicht vor 8 Uhr nachm. beginnen und sich des Sonntags nicht über Mitternacht hinaus erstrecken dürfen. Schöffengericht und Landgericht nahmen folgenden Sachverhalt als festgestellt an. Storch stellte in einer Verammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Stettin, dessen Vorsitzender er war, den Antrag, am 26. Februar 1896 einen Maskenball abzuhalten. Zu diesem Zwecke wurde dann auch ein Komitee gewählt, aus dem er aber seiner Mitteilung nach bald ausgetreten ist. Im Stettiner Volksboten erschien ein Inserat, worin auf den Maskenball unter Angabe des Eintrittspreises hingewiesen wurde. Der das Entree bezahlte, wurde zugelassen. Der Ball endete erst in den Morgenstunden des Sonntags, es soll sich gegen 6 Uhr getanzt worden sein. Genosse Storch wurde zu einer Geldstrafe verurteilt. Beide Instanzen nahmen an, Storch habe sich im Sinne der angelegenen Verordnungen dadurch strafbar gemacht, daß er beim Arrangement der Festlichkeit mitgewirkt habe. Der Angeklagte legte Revision ein und erzielte, daß das Kammergericht die Verurteilung aufhob und die Sache in die Vorinstanz zurückverwies. Zur Begründung führte der Präsident des Strafsenats aus: Der Angeklagte sei nicht schuldig, sich gegen die Oberpräsidial-Verordnung vom Dezember 1895 verstoßen zu haben; denn die Bestimmung, daß sich Tanzveranstaltungen des Sonntags nicht über Mitternacht hinaus erstrecken dürften, sei rechtswirksam. Diese Bestimmung werde nicht rechtlich gestützt durch die Kabinettsordre vom 7. Februar 1897, auf Grund deren die Oberpräsidial-Verordnung erlassen sei. Der Zweck der letzteren und der Kabinettsordre sei die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage zu gewährleisten; die äußere Heilighaltung der Sonntage werde aber noch nicht gehört, wenn ein Tanzvergnügen ohne besondere Ausschreitungen bis in die ersten Morgenstunden des Sonntags hinein dauere. Die Regierungs-Verordnung vom 10. März 1896 sei hier nicht anzuwenden, weil sie sich nur auf Tanzveranstaltungen im Sinne des § 33a der Gewerbe-Ordnung beziehe, nicht aber auf Tanzveranstaltungen, und seien es auch Maskenbälle. Dagegen sei anzunehmen, daß Storch für die Veranstaltung des Maskenballes mit verantwortlich zu machen wäre, wenn für Stettin eine Polizeiverordnung Geltung hätte, wonach für das Vergnügen eine polizeiliche Erlaubnis hätte eingeholt werden müssen. Ob eine solche Polizeiverordnung vorliege, müsse der Vorderinstanz nachprüfen und demgemäß entscheiden.

Ein sehr hohes Gefängnis ist das Justiz-Gefängnis zu Allenstein. Vor der Strafkammer dieses Ortes hatten sich vor einigen Tagen zwei Männer und eine Frauensperson wegen eines am 28. August verübten Einbruchs zu verantworten. Dies wäre nun nichts Besonderes gewesen, wenn sich nicht herausgestellt hätte, daß die Diebstahlthat von Z u c h t h ä u s e r n begangen war, die am Abend gemächlich ihre Zellen und das Gefängnis verlassen, sich die Stadt ein wenig angesehen und dann in der Nacht den Einbruch in einem Restaurant verübten, aus welchem sie mit Geld und Lebensmitteln reich beladen, ohne irgend welches Aufsehen ruhmig wieder in ihre Zellen zurückkehrten. Nur das Wahrer, daß die Diebe dank der überreichlich genossenen Spirituosen am nächsten Morgen sinnlos betrunken in ihren Zellen aufgefunden wurden, führte zur Entdeckung des genialen Gannekneiffes. In der Verhandlung stellte sich übrigens heraus, daß von den Gefangenen mehrfach Spritzfahrten in die Stadt unternommen waren; ferner kam ans Licht, daß sie häufig des Nachts den Weiberflügel des Gefängnisses mit Dietrichen geöffnet und mit den weiblichen Gefangenen intimen Verkehr gepflogen hatten. Nachlässige Bewachung und ungenügende Belichtung des Gefängnisses sollten derartige Vorkommnisse ermöglichen haben. Die drei Angeklagten wurden zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt.

Zur Charakteristik des Generalsekretärs Bued und des heutigen Unternehmertums. Die „Hilfe“ meldet: Vor der Strafkammer des Königl. Landgerichts zu Kassel hatte sich der Lithograph F i s c h e n d ö r f e r wegen Verleumdung des Landtags-Abgeordneten, Generalsekretärs Bued zu verantworten. Die Verhandlung endete mit Freisprechung des Angeklagten und Uebertragung der Kosten auf die Staatskasse. Der Sachverhalt ist folgender. Am 19. April befand sich Lithograph F i s c h e n d ö r f e r als Delegierter des Evangelisch-sozialen Arbeitervereins zu Berlin am dem Delegierten-tag des Gesamtverbandes in Kassel. In der Diskussion über das Koalitionsrecht der Arbeiter nahm F i s c h e n d ö r f e r das Wort und verlor u. A. aus der neuesten Nummer seines Fachblattes für Lithographen einige für die Arbeiterschaft sehr geringfügige Sätze, welche vom Generalsekretär Bued herüberhören sollten. Als über den Ursprung Zweifel laut wurden, erklärte F i s c h e n d ö r f e r, sich zur Feststellung der Wahrheit selbst an Herrn Bued wenden zu wollen, was er auch in einem höflichen Schreiben vom 19. April gethan hat. Aber sein Brief blieb unbeantwortet. Es erstattete vielmehr Herr Bued am 23. April auf Grund eines unzutreffenden Berichtes im „Aheim-Beist.“ Tageblatt“ vom 16. April (Redakteur Quandel) eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Kassel, welche

ein öffentliches Interesse für vorliegend erachtete und die Anklage erhob. Die Beweisaufnahme ergab zwar, daß die damals vorgelesenen Sätze nicht in dieser Form von Bued herüberhören, gestaltete sich aber sonst für den Angeklagten durchwegs günstig. Der Staatsanwalt ließ selbst die Anklage wegen öffentlicher Verleumdung fallen und beantragte wegen einfacher Verleumdung 50 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte, wie bemerkt, auf Freisprechung.

Verfassungen.

Der Wahlverein für den zweiten Berliner Wahlkreis hielt am Dienstag bei H a b e l in der Bergmannstraße eine gut besuchte Generalversammlung ab. Der Vereinskassierer S c h ä l e r erstattete den Kassenbericht, nach welchem der Verein eine Einnahme von 2106,77 M. und eine Ausgabe von 1335,70 M. zu verzeichnen hat, so daß ein Kassenbestand von 751,07 M. verbleibt. Die Höhe der augenblicklichen Mitgliederzahl des Vereins beträgt 1188. Hierauf erstattete L a n o w den Vorstandsbericht, nach welchem im verflochtenen halben Jahre 7 Versammlungen stattgefunden haben. Hierauf fand die Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren statt; die Wahlgestaltete sich folgendermaßen: erster Vorsitzender K u s c h a, zweiter Vorsitzender G r a h n e r, erster Kassierer S c h ä l e r, zweiter Kassierer H i n k e, erster Schriftführer K ö d e r i g, zweiter Schriftführer K e l l e r, Revisor S c h r a d e, Revisoren L u y, S c h o n h e i m und S a h. — Unter Vereinsangelegenheiten gelangten nach kurzer Debatte, in welcher Jubel, S c h ä l e r, D a h m e, W i t t e, J a k o b und Nikolai das Wort ergreifen, folgende drei Anträge zur Annahme: 1. Fortan sind dem ersten Kassierer 10 Mark, dem zweiten Kassierer 5 Mark und dem ersten Vorsitzenden 10 Mark pro Halbjahr für Ausgaben u. s. w. zu bewilligen. 2. Zu Agitationszwecken darf fortan alles vom Kassierer für übermäßig gehaltene Geld verwendet werden. 3. Zu Agitationszwecken sind von dem jetzigen Kassenbestande dem Genossen Richard Fischer 600 M. zu überweisen. Im „Verschiedenen“ stellt S c h ä l e r mit, daß noch eine Anzahl Protokolle vom vorjährigen Parteitage vorhanden seien, und daß dieselben von den Vereinsmitgliedern, die noch keine besitzen, unentgeltlich in Empfang genommen werden könnten.

Der Wahlverein für den vierten Reichstagswahlkreis (Oden) hielt am Dienstag in der „Königsbau“ in der Frankfurter Straße seine ordentliche Generalversammlung ab. S c h n e i d e r als Vorsitzender erstattete Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. Danach wurden im Verlaufe des vergangenen Quartals 6 Sitzungen und eine Verammlung abgehalten. Das Protokoll des diesjährigen Parteitages wird, entsprechend dem Vorschlag des Vorstandes, wie in früheren Jahren, in nächster Zeit den Mitgliedern des Wahlvereins unentgeltlich verabfolgt werden. Das Stiftungsfest des Wahlvereins findet am Sonntag, den 16. November statt, wozu Eintrittskarten bei den Vorstandsmitgliedern und in den bekannten Zahlstellen zu haben sind. Der Bericht des Kassierers Franke ergibt eine Einnahme von 2057,13 M., und eine Ausgabe von 1787,13 M., so daß ein Bestand von 270 M. verbleibt. Die Mitgliederzahl beträgt über 1800. Das Andenken der im letzten Quartal verstorbenen Mitglieder Herrmann, F i n d e r und H a r t m a n n ehrt die Versammlung durch Erheben von den Sigen. Die vorchriftsmäßige Neuwahl des Vorstandes fand dadurch ihre Erledigung, daß auf Antrag K u n e r t der Gesamtvorstand aufs neue von der Versammlung mit der weiteren Geschäftsführung betraut wurde. Als Revisoren wurden K u n e r t, J i e s e und P o h l ernannt. Hierauf hielt Genosse J a h n einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart“. Der Vortragende, wie die nachfolgenden Redner P l e w e, K u n e r t, S c h n e i d e r und W e g e n e r sprachen die Erwartung aus, daß in späteren Versammlungen die Erörterung von wirtschaftlichen Fragen und der gesamten Handelspolitik Gegenstand der Verhandlungen sein mögen, da der gegenwärtige Reichstag vornehmlich für das Zustandekommen der neuen Handelsverträge den Ausschlag geben werde.

Die Mißstände in der Ort-Krankenkasse der Schneider und Schneiderinnen bildeten wieder den Gegenstand der Erörterung einer öffentlichen Versammlung der Kassenmitglieder, die am Dienstag im Englischen Garten lagte. Von den behaupteten Mißständen in dieser Kasse hat der „Vorwärts“ wiederholt berichtet. Wie in früheren Versammlungen so wurden auch in dieser sehr schwere Beschuldigungen gegen den Rentanten der Kasse, den Herrn S c h ü t z, erhoben. Veranlaßt wurde vor längerer Zeit ein Flugblatt verbreitet, in dem der genannte Rentant der Beschuldigung schuldig wurde. Gegen den Verfasser des Flugblattes hat der Rentant einige Monate später, und wie angenommen wird, erst auf Drängen des Vorstandes, die Klage beim Schiedsrichter anhängig gemacht. Trotzdem eine Generalversammlung dem Rentanten aufgegeben hatte, die Klage zu beschleunigen, ist doch längere Zeit verstrichen und schließlich wurde die Klage angeblich wegen Verjährung zurückgezogen. Der Vorstand wird nun von einem Teil der Mitglieder mit der Sache des Rentanten identifiziert. Statt den Rentanten, wie die Mitglieder forderten, zu entlassen, hat der Vorstand mit allen Beamten kürzlich einen Vertrag abgeschlossen, der einem lebenslänglichen sehr ähnlich sieht, ohne aber der einige Tage später abgehaltenen Generalversammlung davon Mitteilung zu machen. Dieses Vorgehen des Vorstandes wurde einer herben Kritik unterzogen. Unter den Lieferanten der Kasse soll die Meinung vorhanden sein, daß nur diejenigen berücksichtig werden, die den Rentanten „schmeicheln“, und diese Meinung haben Lieferanten auch unerbötlich dem Vorstande gegenüber ausgesprochen. Ausßer den den Lesern des „Vorwärts“ schon bekannten Anschuldigungen wird behauptet, daß der Rentant unter anderem von Wandagisten, die für die Kasse liefern, eine Provision von 15 und 25 pCt. erhielt. Nach Verurteilung dieser Diskussion, an der sich auch frühere und jetzige Vorstandsmitglieder beteiligten und sich gegenseitig Vorwürfe machten, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Dreizehner-Kommission beauftragt wird, auch ferner die Rechte der Kassenmitglieder zu vertreten, um die ungenügenden Zustände in der Kasse zu beseitigen. Der weitere Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zur freien Arztwahl, wurde des schwachen Besuchs wegen abgesetzt.

Die hiesigen Arbeiter hielten am Dienstag eine stark besuchte Versammlung ab, in welcher der Redakteur ihres Fachblattes, Bruno P ö r s c h, über die Differenzen der Kassenarbeitsverhältnisse mit der Betriebsdirektion referierte. Er führte aus: In früheren Jahren hätten sich die Arbeiter der Kassenarbeitsverhältnisse mit ihren das Arbeitsverhältnis betreffenden Wünschen stets an die Betriebsdirektion resp. die zuständigen Vorgesetzten gewandt. Da jedoch von diesen Stellen keine Abhilfe bestehender Mißstände erfolgt sei, so hätten sich die Arbeiter, als sie in diesem Jahre eine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse wünschten, unter Umgehung der unteren Instanz unmittelbar an die zuständige Magistratsdeputation gewandt. Seit dieser Zeit sei das Verhalten der Direktion sowie der unteren Beamten den Arbeitern gegenüber ein sehr rigoroses. Es scheine, als ob die Organisation, mit deren Hilfe die hiesigen Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lage erstreben, den betreffenden Beamten verhasst sei. Mehrfach dargekommene Entlassungen organisierter Arbeiter ließen darauf schließen, daß man es darauf abgesehen habe, die Verbandsmitglieder aus den Arbeitsstellen zu entfernen, indem man ganz geringfügige Verstöße der organisierten Arbeiter gegen die Dienstvorschriften mit der Kündigung beantwortete. So sei ein Arbeiter der Pumpstation 9 deshalb dem Inspektor gemeldet worden, weil er sich an einem heißen Augusttage, als er während der Mittagspause einen in der Sonnenhitze stehenden Arbeitswagen zu bewahren hatte, auf die andere Seite der Straße in den Schatten gestellt habe. Als der Inspektor wegen dieser Angelegenheit den Arbeiter zur Rede stellte, habe er dem letzteren geantwortet: Sagen Sie nur Ihren Kollegen, daß wir auf Ihren Streik und auf ihre Organisation pfeifen. Aus dieser Auslassung des Inspektors hätten die Arbeiter geschlossen, daß es sich um einen Schlag gegen die Organi-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 13. Oktober.
Opernhaus. Das Rheingold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Wallenstein's Tod. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Das Vermächtnis. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Jaja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Veßing. Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Frühlingsschwärze. Anfang 8 Uhr.
Neues. Hofjuni. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Mauerblümchen. Anfang 8 Uhr.
Weissen. Der Waffenschmied. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Unser lustiges Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Jodo's Streiche. Vorher: Der dritte Kopf. Anfang 8 Uhr.
Salle. Alliance. Napoleon oder: Die hundert Tage. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Berlin wie es weint und lacht. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäufchen. Vorher: Sonnenaufgang. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Heinrich Heine. Vorher: Eine Geisha. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoplicum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag:
Mauerblümchen.
Freitag:
Die Haubenlerche.
Sonnabend:
Bartel Turaxer.
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Wallenstein's Lager.
Die Piccolomini.
Abends 8 Uhr:
Wallenstein's Tod.
Dienstag:
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Berlin wie es weint u. lacht.
Balkon u. Gesang in 3 Akten von D. Ralick. Musik von Courant.
Ferdinand: Carl Weiß.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbilletts haben Giltigkeit.
Freitag: Die Geier-Flasche. Sonntag Nachmittags: Die Geier-Bälle. Abends: Robert und Bertram. In Vorbereitung: Rätschen von Heidebrunn. Graf Weiter vom Strahl: César Bed u. G.

Luisen-Theater
31. Reichenbergerstr. 31.
Abends 8 Uhr:
Zum 15. Male:
Jocko's Streiche
Burdelle nach dem Englischen in 3 Akten von James Gardie, deutsch von W. Sallid.
Jodo: Paul Herbig
vom Apollotheater in Nürnberg.
Mit sensationellem Vorderkopf ausgestattet im Apollo-Theater in Nürnberg.
Vorher:
Der dritte Kopf.
Poffe in 1 Akt von Franz Wallner.
Freitag:
Jocko's Streiche.
Der dritte Kopf.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Theatervorstellung.
Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von G. R. Höfer und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Dr. Kapellmstr. E. Goldmann. Aufführung 1/7 Uhr. Anfang 1/3 Uhr. Morgen und die folgenden Tage:
Die Geisha.
Sonntag Nachmittags zu bedeutend ermäßigten Preisen: Die Fiebermännchen.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Helmerding.
Unser lustiges Berlin.
Große Gesangsposse in 4 Bildern von G. Sondermann u. Ch. Wilsch. Coupletts von Alfred Bender. Musik von Curt Goldmann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Taubenstrasse im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge

Kunst-Schaubühne
in der Urania,
Invalidenstrasse No. 57.
Sonntag, Nachmittags 5 Uhr:
Eine Reise durch Spanien.
Parkett 1.-, Stehplatz 0,50.

Passage-Panoplicum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Der berühmte L. L. Bestmester
Mr. Sullivan
und seine Schülerin
Petö Aranka.
Separat-Vorstellung tägl. Nachm. 3 1/2 Uhr. Son 6 Uhr ab: Theätra-Varieté ohne Extra-Entrée.

Castan's Panoplicum.
Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

Olympia-Theater
(Circus Ronz) Karlstrasse.
Heute u. folgende Tage:
Größter Schlager der Saison
Anfang 8 Uhr.
Parquet 2,10 M. inkl. Garberode. Vorverkauf v. 10 Uhr vorm. an.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 118.
Direktion: E. Waldmann.
Consuela Tortajada.
Prinzessin Pocahuntas.
Familie Agoust.
Jean Chermont. Montroses.
The Troubadours.
Kasseneröffnung 6 Uhr, Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Großer Lacherfolg.
Richard Winkler als Timpel, Wilhelm Fröbel als Röhlich, Fahrrad-Dienstmann in der Abend- u. um 8 1/2 Uhr mit stürmischem Beifall zur Aufführung gelangenden Ausstattung: Gesangs- u. Poffe
Berlin, wie es liebt und radelt!
Dazu das vorzügliche Oktober-
Riesen-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Entrée 50 Pf. Kasseneröffnung eine Stunde vor Anfang. Vorverkauf Born. v. 11-1 Uhr.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53, City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Täglich mit großem Erfolg:
Tantalus
oder: **Hungrige Liebe.**
Schwank in 1 Akt v. Georg Kaiser.
Neu! Neu! Neu!
Die Stadtrathswahl.
Poffe mit Gesang und Tanz.
Gesamtauftritt des neugewählten Künstlers und Spezialitäten-Perfonals.
Anfang. -Wochen. 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Entrée 30 Pf. Res. Platz 50 Pf. Vorzugsbilletts haben Giltigkeit.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Weißel, Vietor, Britton, Steibl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader).
Anfang präzis 8 Uhr.
Vorher: Konzert.
Neues Programm.
Entrée 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Num. Balkon 75 Pf. Balkon-Loge 1 M., Dach-Log. 1,50 M., Fremden-Loge 2 M. Tageskasse 11-1 Uhr.

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen und Schauspiel-Ensemble
Zum Schluss:
1733 Thaler 22 1/2 Sgr.
Poffe mit Gesang.
Anfang: Sonntag 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
Dresdener-Str. 97.
2 sensationelle Novitäten:
!! Adele's Geburtstag !!
Poffe mit Gesang von F. Waldau.
Das Geheimnis der jungen Wamsell. Schwank mit Gesang von O. Rulius. Neu! **Paul Rochelly.** Neu! Der Champignon aller Bauchredner. Neu! **Max Hildebrandt.** Neu! Der lustige Stabstrompeter zu Pferde. Bonds haben an allen Wochentagen Giltigkeit. - Direktion: A. Kolig. Artisticler Leiter: A. Runge.

Mähr's Theater
Cranienstr. 24.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Don Juan auf Kuba
Poffe mit Gesang.
The tree Brothers Wells,
Altakoban an den hängenden Ketten. Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Bonds haben Wochentags Giltigkeit.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Heute, Donnerstag, den 13. Oktober:
Goldener Boden.
Original-Poffe mit Gesang in 4 Akten v. Cit u. Bayel. Musik v. Fr. Brandt. Nach der Vorstellung: **Lanzfranzosen.** Wagnen, am Freitag: **Goldener Boden.**

Circus Busch
Donnerstag, den 13. Oktbr. 1898, abends 7 1/2 Uhr.
Sport-Abend.
Auftreten des Hrn. Franz Gebhardt, Ritter v. p. höherer Chef der L. L. spanischen Reitschule in Wien. Aufzug sämtlicher Reitertruppen in prachtvoller Ausstattung. Zusammenkunft der Blumen, großes Ballet, Divertissement. Die neuen Freiheitsadressuren des Direktor Busch. Auftreten der vorzüglichen Pantomimfliniler „Troupe Bracker“ (8 Personen). Außerdem: Clown Bogdanowitsch als Hamlet. Amerikan. Cyclone von Alf Doris. Bänder-Quadrille, ger. von 8 Damen und 8 Herren.
Morgen, Freitag: **Humoristische Vorstellung.**

Warum verdient die Privat-Jahn-Klinik von F. Steffens, Rosenfelderstr. 61, die besondere Aufmerksamkeit aller Zahnleidenden?
Weil sie auch weniger Bemittelten künstl. Zähne aus Teilzahlung pro Woche 1 M. schmerzlos einlegt. Behandlung angst-licher Personen.
Spezialität: lichter und empfindlicher Peronien.

Große Betten 12 M.
(Dresdener, Unter, zwei Betten mit gereinigten neuen Federn bei 46. Preisliche Liefer. Diese Anerkennungs-Scheine.)

Freie Volksbühne.
Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstr. 57:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes und der Revisoren. 230/15
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

III. Abteilung. Sonntag, den 16. Okt., nachm. 2 1/2 Uhr,
im Friedrich Wilhelmstädtschen Theater:
Des Meeres und der Liebe Wellen.
I. A.: G. Winkler.

Achtung, Friedrichsberg-Lichtenberg.
Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Kölich (Schwarzer Adler), Frankfurter Chaussee 120:
Öffentliche Sozialdemokr. Parteiversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent: Genosse Karl Koblenzer. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des Vertrauensmanns und Renowahl derselben und der Revisoren. 124/15
3. Bericht der Lokalkommission und Renowahl derselben.
Um zahlreichen Besuch ersucht
Der Vertrauensmann.

Fachschule der Maler Berlins.
XVI. Semester.
Der Unterricht für das Wintersemester 1898/99 beginnt am Sonntag, den 16. Oktober 1898, früh 9 Uhr, im Lokal Mantensfelstraße 7, 193/195, Gemeindefakule (Kulo).
Für Dekoration, Holz- und Wärmormalerei schnelle Ausbildung nach bewährter, praktischer Lehrmethode, der Reuzzeit entsprechend. Anmeldungen werden bis zum 14. Oktober in sämtlichen Fachstellen der Filialen Berlins, vom 16. Oktober an nur in der Fachschule bei der Kommission entgegengenommen. 125/2
Die Fachschulkommission. F. H. P. Blums, Chorinerstr. 68.

Frauen!
Morgen, Freitag, den 14. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr pünktlich, spricht Frau Grundmann im Nieß'schen Saal, Weberstr. 17, über:
Weibliche Leiden und Kinderkrankheiten
an großen farbigen Lichtbildern. Entrée nach Belieben. Berliner Naturheilverein V, Alexanderstr. 8. Sprechstunden von 11-1 u. 6-8. Sonntag v. 11-12.

„Hülfe!“
Ohne ärztliche Untersuchung
kann jede männliche sowie auch jede weibliche Person im Alter vom 14. bis 60. Jahre der Krankenkasse „Hülfe“ für äußerst billige Monatsbeiträge beitreten. Aufnahme kostenlos im Bureau der „Hülfe“, Berlin SO, Stalckerstr. 82, I (am Schlesiichen Thor).
Zahlstellen und Agenten allerorts gesucht! 61902*

Jede Konkurrenz übertreffend
biete ich diese Woche in prima frischer Qualität:
Lebende Hechte . . . pro Pfund 60-70 Pf.
Karpfen . . . 70-80
Zander, feinste gelbe . . . 50-60
Schellfisch . . . 15-20
Cablian . . . 15-20
Seelachs . . . 15
do. im Auschnitt . . . 20
Bratshollen (Flundern) . . . 20
Kothzungen (Grisch für Seezungen) . . . 25-30
Alle anderen Fluss- und Seefischarten zu Ausnahmepreisen.
16 Dragoner-Str. 16
Otto Gundermann.

Unfinn ist viel Geld
für Garderobe anzugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und eleg. Sachen, wenn man nur die richtige Quelle kennt. Wir empfehlen:
Herbst- und Winter-Paletots 18, 20 bis 24,
die feinsten auch mit Seidensutter 25, 27, 30 M.
Jaquet- und Rock-Anzüge jezt nur 12, 15, 18, 20, 24 bis 27,
Pracht-Exemplare 30, 33, 35 M.
Stoffhosen von 3, 4, 5, 6, 8, 10, 12 M. prima.
Jaquets, Haus- und Jagd-Joppen mit warmem Futter von 4,50 M. an.
Knaben- u. Burschen-Anzüge sowie Mäntel von 3 M. an.
Goldene 110, Leipzigerstrasse 110.
Sonntag geöffn. v. 7-10 Uhr früh u. 12-2 Uhr Mittags.

Billard-Bälle sämtliche Gastwirths-Artikel
Ferd. Diedrich, Dresdenerstr. 109.

Sanatorium Drachenkopf,
Eberswalde bei Berlin.
Anwendung des gemeinsamen Naturheil-Verfahrens einschließlich Suggestionstherapie.
Jodwässer geschickt, ruhige, kostfreie Lage auf der Höhe des Drachenkopfes, vom Walde umgeben.
Vorzügliche Erfolge bei Erkrankungen jeder Art.
Mittlerer von Krankenkassen u. Wunderrmittelte finden schon Aufnahme während der Herbst- u. Wintermonate von 3 M. pro Tag an, inkl. Pension und aller Behandlung nach einzelner Zimmer. 62120*
Dirig. Arzt:
Dr. med. V. Quillfeld.
Prospekte frei durch die Direktion.

Dr. med. Schaper,
prakt. Homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Horn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1-4-8
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. 10-1-7-8.
Friedrichstraße 114, 1.

H. Garzer Anarier-Koller
mit prachtvollen Touren, Licht- und Ausblicker, 4 St. 6, 8 10 u. 12 M., 3 St. 15, 20, 25 u. 30 M. mit Porto u. Verpackung; gebe dieselben 14 Tage auf Probe, jedoch nur gegen Nachn. oder Betrag vorher einlösend. Anr. mit Retourkarte an 61332*
L. G. Müller, Vogelzüchterei in Nordhausen a. Harz. 51962*

Großer Möbelverkauf
Neue Königstr. 59.
In meinem großen Möbelspeicher bietet sich Brautleuten die ideale Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verlebener, gewellener und zurückgelegter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Massen-Einkäufe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnmöbel-Einrichtungen schon für 100, 200, 300-400 Mark, hochelegante von 500-5000 Mark zu liefern. Theilzahlungen unter den vollständigsten Bedingungen. Die Möbel können kostenfrei 3 Monate lagern, werden durch eigene Geportne transportirt.

Durch Einkauf v. grossen Posten auf Auktionen und von Konkursmassen verkaufe ich von heute ab:
Hochelegante Winter-Paletots von 9 M. 50 Pf. an
Hochelegante u. Pelzinen-Mäntel von 5 M. 25 Pf. an.
Kaiser-Mäntel und Joppen von 6 M. 75 Pf. an. 62122*
Hochfeine Rock- und Jaquet-Anzüge von 12 M. 50 Pf. an.
Herrn-Gesamte von 2 M. 75 Pf. an.
Leber- und Arbeitshosen zu 2 M. 35 Pf. Burschen- und Knaben-Paletots, Herren-Jaquetts, Westen und Röcke in allen Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Züde, Wädicke, Zieffel, Koffer, Speerungläser, Kessel, Revolver, Teichings, Stockfinten, Harmonikas, Geigen, Zithern, Regulateure, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w.
zu spottbilligen Preisen.
Gustav Lucke,
Waarenhaus,
Berlin, Oranienstr. 101.

Großer Möbelverkauf
Cranienstraße 73, an der Kommandantenstraße (früher Schützenstr. 2), in meinem vier Etagen hohen Fabrikgebäude, großes Möbel-Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungseinrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und hübsche Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Einfahrt zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franko. Durch größere Masseneinkäufe und Erprobung der theuren Bodenmiete bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 100, 200, 300-400 Mark, hochelegante von 500-5000 Mark zu liefern. Herrliche Wohnzimmer zur Ansicht. Wohnungseinrichtungen auf Theilzahlung unter den vollständigsten Bedingungen. Brautleute erhalten hübsches Luxus-Möbelstück als Zugabe. Kleiderständer, Waschtische, Küchenspend 18, Kommode 15, Spiegel 7, Kuschelkleiderständer 35, Sopha 25, Bettstelle mit Matrize 18 M., Ruhbaum u. Mahagoni furnirte Kleiderständer, Bettfuss 32 M., Kuschelbettstelle mit Sprungelbrettern 40, elegante Säulenträumeau 45 M., Salongarnitur 60, 75 und 105 M., Paneelepphos mit Saitentischen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgeschmücktes Buffet 100 M. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräthe verlebener, gewellener, zum Theil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglichster Eingang gebraucht, einlicher u. feiner Möbel. Gekaupte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Geportne in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb. *

Fertige Betten, gr. Stand Oberbett, Unterbett
zwei Kopfkissen mit gereinigten neuen Federn, von 12 M. an, fertige Julettts, Bettwädicke, Matratzen jeder Art, Stepp, Schlaf-, Bettdecken und Koffer; Bettstellen empf. billig ab als streng reell bekannte, 1870 gepr. Spezial-Geld. S. Pollack, Cranienstr. 61 am Nordring.

Gänseverkauf!
Billig, billig! Frisch geschlachtete Bratgänse stehen auf dem Zentral-Biehof zum Verkauf. 150330
Eldenaerstr. Restaurant Eibniski.

Gr. Möbelverkauf,
passende Gelegenheit für Brautleute, Wweifenauer, 15. Möbel-Kaufmännungs-magazin, sollen viele Wohnungseinrichtungen, verlebener, gewellener und neue Möbel zu sehr mäßigen Preisen verkauft werden. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich, schon Einrichtungen für 100 bis 300 Mark zu liefern, fertiger herrschaftliche Einrichtungen von 600 bis 3000 Mark. Theilzahlung gestattet. Brautleute ohne Anzahlung. Besonders billig sind die an herrschaftlichen kurze Zeit verlebener, gewellener und zurückgelegter Möbel, Kleiderständer, Schirmständer, Kommoden 15, Bettstelle mit Matrize 20, mahagonifurnirte Kleiderständer und Waschtische 30 Mark, Kuschelstühle und Bettfuss 36, französische Kuschelbetten mit Matrize 40, Säulenträumeau 60 Mark, Buffets, Kuscheltische, Paneelepphos, Damen-, Herrenschreibtische. Geschlossene Möbel werden unentgeltlich 3 Monate aufbewahrt, durch eigene Geportne transportirt. 51962*